

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation

17. Sitzung
5. November 2018

Beginn: 11.33 Uhr
Schluss: 13.34 Uhr
Vorsitz: Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Berichte aus den Senatsverwaltungen

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Digitalisierung und Ehrenamt – Vernetzung im
bürgerschaftlichen Engagement**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0049](#)
BuergEnPart

Hierzu: Anhörung

Als Anzuhörende begrüße ich ganz herzlich in alphabetischer Reihenfolge Herrn Kai Gärtner von der Webredaktion der Initiative Schnell-Helfen e.V., Herrn Dr. Serge Embacher, Frau Monic Meisel, Vorstandsmitglied von Freifunk Berlin e.V. und Herrn Dr. Mike Weber, stellvertretender Leiter des Kompetenzzentrums Öffentliche IT des Fraunhofer-Instituts für Offene Kommunikationssysteme. Schön, dass Sie da sind! Herzlich willkommen!

Ist ein Wortprotokoll – wie immer bei Anhörungen – gewünscht? – Okay! – Dann würde ich die CDU darum bitten, den Besprechungsbedarf für ihre Fraktion zu begründen.

Emine Demirbüken-Wegner (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Warum haben wir diesen Tagesordnungspunkt angemeldet? – Wenn wir auf andere Bundesländer wie NRW oder Rheinland-Pfalz gucken oder auf die Bundesebene wie auf das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, werden wir feststellen, dass sich in den vergangenen Jahren in diesen Ländern sehr viel bewegt hat – im Rahmen von Workshops, Wettbewerben etc. Da ging es um die beste Idee für die Verbindung von Digitalisierung und Ehrenamt. Man ist sehr vertieft mit diesen Themen ins Benehmen gegangen. Die Auseinandersetzung wurde öffentlich auch sehr gut kommuniziert, sodass die Einbindung vieler in einigen Bundesländern gewährleistet war.

Mit Blick auf das Land Berlin müssen wir leider Gottes feststellen, dass wir da noch ziemlich hinterherhinken, und zwar hat der Senat in Tappschritten versucht, aus dem Schlaf zu erwachen, was ich gut finde. Der Senatsbeschluss zur Digitalisierungsstrategie ist erst auf den 18. September dieses Jahres datiert. Deshalb fand ich die Initiative auf der einen Seite sicherlich sehr gut, aber auf der anderen Seite muss ich für Berlin einfach sagen, dass wir zunächst einmal ein Digi-Tal der Tränen sind. Deshalb war es für uns sehr wichtig, dieses Thema auf die Agenda zu setzen, um einerseits zu sehen, wo wir heute stehen, was die derzeitige Situation ist, aber auch um zu sehen, wie sich der Digitalisierungsprozess im Bereich des Ehrenamtes und der Freiwilligenarbeit im Land Berlin gestaltet.

Fragen werde ich Sie nach Ihren Ausführungen, da es sich ja um eine Anhörung handelt und ich mich jetzt auf die Begründung des Besprechungspunkts beschränke.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Dann kommen wir zur Anhörung, und dieses Mal auch wirklich in alphabetischer Reihenfolge – [Heiterkeit] –, und das bedeutet, dass Sie beginnen können, Herr Dr. Embacher – bitte!

Dr. Serge Embacher: Ich hatte mich, ehrlich gesagt, schon gefragt, welches Alphabet Sie da genau meinen, aber jetzt weiß ich es. – Herzlichen Dank, für die Einladung in den Ausschuss und die Gelegenheit, hier einige Punkte zu sagen! Vielleicht zu meiner Person: Ich arbeite für das Bundesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement. Dort bereiten wir zurzeit ein Forum Digitalisierung vor, wo sozusagen in allen Fragen, in denen Bürgergesellschaft und Digitalisierung – also wichtige Akteure – zusammenkommen sollen, in einem Prozess, der über zwei Jahre laufen soll, Handlungsempfehlungen für Politik, Zivilgesellschaft und auch Wirtschaft erarbeitet werden. Es geht dabei darum, die vielen losen Enden, die es gibt, aufzugreifen und vielleicht strategisch zu denken. Wir sind jetzt vorwiegend auf der Bundesebene unterwegs, aber ich denke mal, es gibt da sehr viele Analogien. Die Bundesländer bzw. die Senats- und Staatskanzleien wirken auch alle in unserem Netzwerk mit.

Kurze Vorbemerkung: Generell ist die Debatte Zivilgesellschaft und Digitalisierung extrem heterogen. Sie nimmt seit einigen Jahren Fahrt auf, aber jeder läuft so in seine eigene Richtung. Die einen diskutieren über konkrete Lösungen bei der Nutzung von Social Media, die anderen erhoffen sich durch Crowdfunding und andere Onlineformate Finanzierungsmöglichkeiten. Wieder andere überlegen, welche Zugangsvoraussetzungen zum digitalisierten Kommunikationsraum eigentlich nötig sind, Stichwort Breitbandausbau, fehlende Digital Literacy, also Kenntnisse über Digitalisierung und Generationenkonflikte. Und schließlich gibt es auch Leute, die sich einfach über Organisationsentwicklung Gedanken machen. Es geht also in sehr unterschiedliche Richtungen. Ich will nur ganz kurz einige wenige Punkte thematisieren, die den Diskussionsstand bei uns abbilden. Ich will aber gleich vorweg sagen: Das ist keine Stellungnahme des Bundesnetzwerks, das sich nicht als Verband versteht, sondern als Wissens- und Diskussionsplattform. Und das sind halt die Dinge, die diskutiert werden.

Der erste Punkt ist, glaube ich, sehr zentral und wichtig. Da geht es darum, dass man sich fragt, inwiefern die Zivilgesellschaft sich die Digitalisierung nicht nur gefallen lässt, sondern selbst mitgestaltet. Die fortschreitende Kommerzialisierung im Internet und auch die doch zunehmend drängenden Fragen der Datensicherheit führen immer öfter dazu, dass man sich fragt, ob es eigentlich jenseits von Facebook und WhatsApp und anderen US-Konzernen, die das Geschehen dominieren, noch andere Formen gibt. Von der Politik wäre, glaube ich, hier eine massive Unterstützung all derjenigen Innovationen und Alternativen gefragt, die im Sinne des bürgerschaftlichen Engagements Kooperativität und Gemeinwohl fördern und auch Datensicherheit gewährleisten. Das ist so die erste Baustelle.

Das Zweite: Digitalisierung als kommunikatives Lernfeld. Wir haben alle miteinander in den letzten Jahren festgestellt, gerade die, die in der Politik unterwegs sind, dass die Kommunikation in den digitalen Welten keineswegs immer den Erfordernissen eines zivilisierten Austauschs zwischen Menschen entspricht und dass es da viele Probleme gibt, Stichwort: Hate Speech, Fake News. Aber auch der Aufenthalt in kommunikativen Filterblasen erschwert häufiger eher die Kommunikation, als dass es sie erleichtert. Deswegen geht es uns darum, kommunikative Standards zu skizzieren und den Umgang mit diesen komplexen Kommunikationssituationen zu erlernen. Hier kann aus unserer Sicht – ich wurde ja auch gebeten, kurze Handlungsempfehlungen zu geben – die Politik durch entsprechende Förderprogramme und Schulungsangebote die Arbeit von Freiwilligenagenturen, Volkshochschulen und auch allgemeinbildenden Schulen unterstützen.

Dritter Punkt: Digitalisierung als Element der Organisationsentwicklung. Viele, eigentlich fast alle bürgergesellschaftlichen Organisationen haben sich mittlerweile auf den Weg gemacht, den Prozess der Digitalisierung irgendwie zu verstehen und sich anzueignen. Da geht es oft ganz simpel um mediale Kompetenz: Wie bespiele ich eigentlich soziale Medien? Welche digitalen Kooperationsformen kann man entwickeln? – Es geht um organisationsinterne Weiterbildungsarbeit, aber auch um die Frage, wie sich Organisationen mithilfe digitaler Mittel besser untereinander vernetzen können. Das ist ja eine Geschichte, das kennen in der Bürgergesellschaft alle: Es gibt zu jedem Thema sehr vieles, was parallel läuft. Und wenn man da Kräfte bündeln würde, dann könnte man sicher ein sinnvolles Anwendungsfeld von Social Media und anderen digitalen Elementen sehen. Hier wäre es zum Beispiel für die öffentliche Hand ein Leichtes – ein Leichtes vielleicht nicht, aber eine Möglichkeit –, Förderrichtlinien so anzupassen, dass bei Projektförderungen neben den üblichen Overheadkosten immer auch ein Förderanteil, ich nenne es mal Digitalisierungskosten mit dabei ist für Beratung und Erwerb von Expertise und Organisationsentwicklung.

Vorletzter Punkt: Digitalisierung und Demokratie. Mit der Digitalisierung waren zunächst erhebliche Demokratisierungshoffnungen verbunden. Die Entgrenzung der Kommunikation durch elektronische Medien hat zunächst einen naiven Fortschrittsglauben ausgelöst, dass jetzt alles besser wird mit der Demokratie. Das ist allerdings nicht von alleine der Fall. Hier bedarf es wesentlich mehr politischen Gestaltungswillens. Der ist bislang – Anwesende natürlich ausgenommen – nur in Ansätzen zu erkennen. Die Frage, die sich hier stellt, ist: Welche Arten von demokratischer Legitimation durch digitalisierte Verfahren sind möglich und sinnvoll? Und wie kann man sich vielleicht mithilfe digitaler Kommunikations- und Bürgerbeteiligungsinstrumente diesem Ideal annähern, das die Politikwissenschaftler kooperative Demokratie nennen? – Wenn Sie das ernst meinen mit der Digitalisierung, dann ist damit auch eine Enthierarchisierung zwischen Staat und Bürgergesellschaft zwingend notwendig, denn diese Medien sind auf flache Hierarchien und kooperative Formate angelegt und nicht auf Durchregieren. Insofern betrifft die Digitalisierung auch die Weiterentwicklung der Demokratie und die Ausgestaltung von Bürgerbeteiligungsverfahren.

Letzter Punkt: Das würde ich jetzt digitale Modernisierung der Zivilgesellschaft nennen. Wenn wir uns die Organisationen angucken, ist ein Problem der Bürgergesellschaft, dass der Umgang mit Digitalisierung und auch die Kenntnisse extrem ungleich ausgeprägt sind. Es gibt sozusagen Digital Natives wie Betterplace oder die Open Knowledge Foundation oder viele andere Player, die erst durch die Digitalisierung überhaupt zu bürgergesellschaftlichen Playern geworden sind. Dann gibt es aber viele traditionelle Organisationen – ich war jetzt erst am Wochenende bei einem großen Kongress des Deutschen Roten Kreuzes –, die damit gerade erst anfangen. Obwohl sie sehr groß und altherwürdig sind, haben sie oft noch sehr wenig Vorstellungen, wohin da die Reise geht. Hier spielen Dinge eine Rolle wie Qualifikation und Fortbildung, Aneignung technischer Möglichkeiten, auch Fragen der digitalen Infrastruktur, und hier eben auch die der organisationsübergreifenden Vernetzung. Das wäre sozusagen der Ansatzpunkt, wo man das in eine Landesengagementstrategie einbauen könnte. Wir versuchen das auf Bundesebene, aber wie man das auch auf Länderebene einbauen könnte, wäre die Frage. Wie kann man Digitalisierung tatsächlich nutzen, um einen breiteren Kommunikationszusammenhang herzustellen? –, da das ja schließlich – die Kommunikation und der Austausch von Argumenten – das Kerngeschäft des Demokratischen sind. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Dann bitte ich Herrn Gärtner um sein Statement.

Kai Gärtner (Schnell-Helfen e. V.): Werte Frau Vorsitzende, vielen Dank! – Meine Ausführungen werden etwas anekdotischer, weil ich versuche, unseren Werdegang über unser Portal zu beschreiben und aus unserer sehr subjektiven Sicht, nicht so wissenschaftlich, berichte. – Kurz zu mir: Ich bin Informatiker, arbeite aktuell am Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft. In der Zeit, wo Schnell-Helfen aufgebaut wurde, war ich noch Student der Informatik hier in Berlin; das nur als Hintergrund.

Es begann im August 2015, als die Unterkunft in Berlin-Karlshorst eröffnet wurde, eine relativ große Unterkunft, betrieben vom Roten Kreuz. Es passierte recht schnell, dass sich die Bürger über regionale Facebookgruppen, die es gab, zusammengefunden haben und sie auch zu den Bürgerversammlungen gekommen sind. Im Anschluss an die zweite Bürgerversammlung setzte sich damals eine Gruppe von Informatikern, Medienwissenschaftlern und Kommunikationsberatern zusammen und dachte: Was können wir konkret tun, um hier zu helfen? –, da besonders der Informationsfluss relativ ungesichert war. Es war nicht klar, was gebraucht wurde, es war nicht klar, wie die Bedingungen vor Ort sind. Und das Rote Kreuz hatte in dem Moment anderes zu tun, als eine Website und einen FAQ für den Umgang im Heim usw. aufzubauen. Das heißt, wir haben dann gesagt, das machen wir jetzt einfach mal und erstellen eine Website dazu. Und dann wurden dort in enger Absprache mit dem Roten Kreuz Informationen veröffentlicht und auch wieder in Facebook gespiegelt oder aus Facebook zurück auf das Portal gezogen, um diesen Austausch zu ermöglichen.

Was uns recht früh aufgefallen ist: Es gab auf Facebook eine sehr gut vernetzte Gemeinschaft von Bürgern, aber es gab natürlich auch viele Leute, gerade ältere Menschen im Ort, die nicht auf Facebook aktiv waren und die dann von den Informationen oft ausgeschlossen waren. Für die war eine Website durchaus erreichbarer. Diese Seite wurde innerhalb von zwei Tagen aufgebaut; das geht heutzutage relativ schnell.

Wir hatten am Anfang versucht, mit dem Verein Gute Tat ins Gespräch zu kommen, allerdings hat sich das recht schnell erledigt, da alle Institutionen, die es zu der damaligen Zeit gab, relativ überlastet und mehr mit der aktuellen Arbeit beschäftigt waren, als Kooperationsanbahnungen zu machen. Also haben wir erst einmal weitergemacht. Recht schnell wurde die nächste Unterkunft in Karlshorst – in der HTW damals – aufgebaut; dann haben wir unsere Seite erweitert und dann entstand somit „Lichtenberg hilft!“. Wir haben versucht, es ein bisschen auf Unterkünfte zu separieren und den Helfern vor Ort jeweils eigene Strukturen zu geben, die sie selbst administrieren konnten. Wir haben also sehr viel auf das bürgerschaftliche Engagement gesetzt, weil wir nur ein kleines Team von acht Leuten waren, die das alles in ihrer Freizeit gemacht haben und deswegen natürlich nicht Vollzeit damit beschäftigt waren.

Das Portal „Lichtenberg hilft!“ wurde dann ausgebaut, und wir haben später, als immer mehr Unterkünfte eröffnet wurden, auch so etwas wie Handreichungen für die Eröffnung von Unterkünften bereitgestellt, sprich: Sammlung von Dokumenten, Sammlung von Piktogrammen, Listen, wie man bestimmte Dinge organisiert, wie man Schichtpläne erstellt etc. Wir sind dann auch zu den Unterkunftseröffnungen gefahren, in enger Kooperation mit den Lichtenberger Stadträten. Das Ganze wurde irgendwie immer größer; es wuchs dynamisch. Dann gab es – ich glaube – Ende 2015 auch eine Förderung, die durch Unterstützung des Senats zustan-

de kam. Das waren 16 000 Euro für einen Prototypen, die genutzt wurden, um das Portal als Schnell-Helfen.de aufzubauen. Das war dann unser Ziel – wir hatten ein Mastersystem mit mehreren Klienten, waren, ich glaube, in vier Bezirken aktiv und haben mit den Strukturen vor Ort versucht, alle Unterkünfte abzudecken, teilweise auch in Kooperation mit anderen Organisationen wie z. B. „Berlin hilft!“.

Auf dem Portal selbst konnte man spenden, Gesuche – Spenden/Angebote – vermitteln, man konnte Fahrten für Spenden organisieren, man konnte Informationen über Projekte vor Ort veröffentlichen. Meine Aufgabe war es damals hauptsächlich, vor Ort mit den Betreibern der Unterkünfte bzw. den damals eingesetzten Ehrenamtskoordinatoren Schulungen in das System zu geben – das auch mit den Stadtteilzentren in Lichtenberg, wo wir zusammen gearbeitet haben.

Schwieriger wurde es dann 2016: Die erste Startfinanzierung war aufgebraucht. Wir haben versucht, Gelder zu finden, sind auch in den Masterplan 2016 aufgeführt worden, haben dann aber leider nie wieder was vom Senat in der Richtung gehört. Es gab zwei Treffen vorher, wo neue Projekte geplant wurden. Das verlief im Sande. Es war auch alles eine chaotische Zeit mit dem LAGeSo und dem LAF sowie dem Umbruch usw. Wir haben festgestellt, dass immer mehr Initiativen versucht haben, entweder in bestimmte Bundesförderprogramme zu kommen oder halt den Weg von Social Start-ups zu gehen. Das war uns zu aufwendig, weil wir alle – bis auf ich – berufstätig waren. Deswegen haben wir letztendlich gesagt, okay, dieser Aufwand wird uns zu groß. Die Situation hatte sich Ende 2017 auch so gewandelt, dass wir nicht mehr den konkreten Bedarf sahen, da gefestigtere Strukturen als noch in der Anfangszeit 2015 vorhanden waren, sodass wir zum Mai 2018 das Portal eingestellt haben. Ich weiß, dass es einigen anderen Organisationen, mit denen wir aus der damaligen Zeit Kontakt hatten, auch so ging – dass dann halt irgendwann einfach weder das Geld noch das Personal vorhanden war, um weiterzumachen.

Vielleicht noch zwei Zahlen: Wir hatten 16 regionale Portale am Ende über Berlin verteilt, teilweise auch in Schleswig-Holstein, und ungefähr 4,8 Millionen Zugriffe in der Zeit von 2015 bis Anfang 2018. – Das wäre die kurze Beschreibung unseres Werdegangs. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank, Herr Gärtner! – Frau Meisel – bitte!

Monic Meisel (Freifunk Berlin, Förderverein Freie Netzwerke e. V.; Vorstandsmitglied): Vielen Dank für die Einladung! Mein Name ist Monic Meisel. Ich bin Mitbegründerin der Initiative freifunk.net, die es seit 2001 gibt, Vorstand im Förderverein Freie Netzwerke e. V., der seit 2003 existiert, sowie Community-Mitglied bei Freifunk Berlin.

Vielleicht kurz etwas zum Förderverein: Der Förderverein Freie Netzwerke e. V. konzentriert sich auf die finanzielle und ideelle Förderung von Projekten zu offenen und freien Kommunikationsinfrastrukturen. Die Mitarbeit im Verein und die des Vorstands erfolgen ehrenamtlich. Er ist finanzieller und rechtlicher Hauptträger von freifunk.net, der Aufklärungskampagnen freifunkstattangst.de, freifunk-hilft.de, von Community-Events und weiteren Initiativen. Der Förderverein unterstützt Projekte lokaler Freifunkgruppen. Freifunk ist dezentral organisiert; dieser Verein ist einer von vielen Vereinen lokaler Freifunkgruppen in Deutschland und vernetzt sich mit internationalen Freenet-Communities.

Freifunk ist eine gemeinschaftliche Initiative, die einen freien und gleichberechtigt nutzbaren Netzzugang als gesellschaftlichen Grundstein, ja, als Menschenrecht ansieht. Freifunk verfolgt kein kommerzielles Interesse und ist ehrenamtlich organisiert. Die Vision von Freifunk ist die Verbreitung freier Netzwerke, die Demokratisierung von Kommunikationsmedien und die Förderung lokaler Sozialstrukturen. Freifunk lebt von der Beteiligung engagierter Menschen.

In Berlin gab es bisher übrigens keinerlei Freifunkförderung seitens des Senats – ganz anders als in anderen Bundesländern wie beispielsweise NRW, Thüringen usw. Trotzdem betreiben Freifunker in Berlin über 750 sogenannte Freifunkknoten. Ein Freifunkknoten ist ein speziell eingerichteter WLAN-Router, der als Verstärker und als Erweiterung eines vorhandenen Netzes dient. Jede Person, die sich in der Nähe eines solchen Knotens aufhält, kann sich mit einem WLAN-fähigen Gerät mit dem Freifunknetz verbinden und mit anderen Teilnehmern in der Reichweite kommunizieren. Im Freifunknetz werden auch Internetzugänge geteilt, die von allen mitgenutzt werden können. Alle Freifunkknotenbetreiber verpflichten sich, das Funknetz diskriminierungs- und entgeltfrei Dritten zur Verfügung zu stellen.

Regelmäßig treffen sich die Berliner Freifunker und Interessierte, um mehr über die Funktionsweise moderner Kommunikationsnetze zu erfahren und sich durch das Aufstellen eines eigenen Knotens am Aufbau zu beteiligen.

Zu Breitband und Literacy – Sie haben es angesprochen: Das ist genau der Bereich, in dem wir uns bewegen. Und zu der Diskussion: Was ist eigentlich das digitale Ehrenamt? – wollte ich noch kurz anmerken, dass sich das aus unserer Sicht lediglich dadurch abgrenzt, dass es Strom braucht.

Community-Mitglieder entwickeln beispielsweise Hard- und Softwarelösungen zum Aufbau von Funknetzwerken. Da diese Arbeit unter offenen Lizenzen veröffentlicht wird, wird diese Technologie nicht nur der Industrie, sondern für alle zugänglich gemacht, auch für diejenigen, die sich den Kauf von Ausrüstung nicht leisten können.

Freifunkinitiativen wirken der digitalen Spaltung entgegen und ermöglichen Teilhabe. Auch in vielen Unterkünften für Geflüchtete haben Freifunkerinnen und Freifunker WLAN-Netze aufgebaut und so durch ihr ehrenamtliches Engagement zur Integration beigetragen. Der Netzzugang bildet nicht zuletzt auch die Grundlage für digitale Lernangebote.

Es gibt ein Pilotprojekt des Fördervereins, gemeinsam mit der Medienanstalt Berlin-Brandenburg und der Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin; das wissen viele vielleicht gar nicht. Das Projekt heißt Freifunk für Medienkompetenz und Beteiligung. Es fördert freie WLAN-Zugänge und die Entwicklung und Erprobung von mobilen Angeboten und Beteiligungsprojekten in der Jugendarbeit. In Workshops wurden Medienpädagog/-innen ermächtigt, in ihrer Einrichtung mit Beteiligung der Jugendlichen Freifunk einzurichten und weitergehende Projekte durchzuführen. In den ersten zwei Jahren konnten acht Medienkompetenzzentren, die sogenannten MeKos, in Berlin mit Freifunk versorgt werden. Zwei weitere stehen noch aus. Es ist ein Handbuch als Open Educational Resource entstanden, zudem finden vor-konzipierte Einführungsworkshops für Pädagoginnen und Pädagogen statt, um schulische und außerschulische Einrichtungen zu Freifunkprojekten zu ermutigen. Darüber hinaus fördern

wir mit dem Programm Projekte, in denen sich Jugendliche mit den Themen digitale Mündigkeit und Selbstermächtigung sowie mit dem Aufbau von freien Funknetzwerken und offenen WLAN-Zugängen auseinandersetzen.

Durch die Weiterbildung von Interessierten und die Vermittlung von praktischem Wissen über Sicherheit, Aufbau und Funktionsweise von Funknetzwerken wird der Erwerb von Medien- und Technikkompetenz in der Bevölkerung gefördert und der selbstbestimmte Umgang mit Technik ermöglicht. Die Gemeinnützigkeit dieser selbstlosen und ehrenamtlichen Tätigkeit wird jedoch von einigen Finanzämtern infrage gestellt. Im März 2017 beschloss der Bundesrat die Einbringung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung zwecks Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk in den Deutschen Bundestag. Der Beratungsprozess der Bundestagsdrucksache endete jedoch aufgrund der Bundestagswahl in der Diskontinuität. Der Bundesrat hat den Gesetzentwurf bislang nicht erneut in den Bundestag eingebracht. Nach Auskunft des Bundesfinanzministeriums gibt es bislang keinen Zeitplan für die Umsetzung des Vorhabens. Dies ist insbesondere mit Blick auf die Befristung des zeitlichen Anwendungsbereichs des BMF-Schreibens vom 22. September 2015 der steuerlichen Maßnahmen zur Förderung der Hilfe für Geflüchtete bis zum 31. Dezember 2018 problematisch zu sehen, da viele Freifunkinitiativen sich außerordentlich in der Hilfe für Geflüchtete engagieren und eine erneute Verlängerung dieser Ausnahmeregelung bislang nicht durch das BMF durchgeführt wurde.

Zusammenfassend möchte ich Sie deshalb bitten, auf eine Gleichstellung des digitalen bürgerschaftlichen Engagements mit dem „klassischen“ hinzuwirken, möglicherweise auch eine Anerkennung durch Auszeichnungen in Betracht zu ziehen, die Rahmen- und Förderbedingungen für Initiativen und Projekte im Bereich der digitalen Flüchtlingshilfe und der digitalen sozialen Innovationen mit geeigneten Maßnahmen zu verbessern, den Aufbau und den Betrieb digitaler Netze in Flüchtlings- und anderen sozialen Einrichtungen zu fördern und sich für die erneute Gesetzesinitiative zur Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk einzusetzen. – Danke!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Herr Dr. Weber, bitte!

Dr. rer. pol. Mike Weber (Kompetenzzentrum Öffentliche IT, Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme; stellv. Leiter): Vielen Dank für die freundliche Einladung! Vielen Dank auch für die korrekte Benennung, die ja ein bisschen lang ist. – Der Vorteil eines Nachnamens mit „W“ ist ja, dass man wunderbar an alle Vorrednerinnen und Vorredner anknüpfen kann. Ich kann fast alles unterschreiben, was bisher gesagt worden ist. Ich hoffe, ich habe trotzdem noch ein, zwei Punkte, die das Spektrum vielleicht etwas erweitern und ergänzen.

Zwei Sätze zum Hintergrund: Das Kompetenzzentrum bei Fraunhofer FOKUS wird vom Bundesministerium des Innern finanziell gefördert. Das erlaubt uns, zu einigen digitalpolitischen Fragestellungen etwas tiefer zu bohren und zu forschen. Das haben wir im Bereich des digitalen bürgerschaftlichen Engagements vor dreieinhalb Jahren das erste Mal getan und versucht, das Feld des digitalen Ehrenamts zu kategorisieren. In der Tat: Dass es Strom braucht, ist nicht die schlechteste Definition des digitalen bürgerschaftlichen Engagements.

Ich kann inhaltlich sofort bei Herrn Embacher anschließen: Das Spektrum, das sich im Moment zeigt, ist ein enorm breites. Wir haben einerseits Organisationen, für die Digitalisierung

eher ein großes Schreckgespenst ist, eher eine große Herausforderung. Das haben wir in der Diskussion um die Datenschutzgrundverordnung aufs Wunderbarste erleben dürfen, sicherlich auch ein bisschen unterstützt durch mediale Hysterie. Aber: Man sieht daran, dass alleine so eine vielleicht jetzt nicht ganz so zentrale Änderung zu enormen Herausforderungen für einzelne Organisationen führen kann, die sie vielleicht davon abhält, das zu tun, wofür sie eigentlich gegründet worden sind. Auf der anderen Seite haben wir auch hier ja zwei wunderbare Initiativen am Podium sitzen, Organisationen, die erst durch die digitalen Möglichkeiten entstanden sind. Das Paradebeispiel – ein Paradebeispiel, bevor ich Ärger von der Seite kriege! – ist sicherlich Wikipedia: Das kennt jeder von uns, benutzt jeder von uns. Hier ist es gelungen, durch bürgerschaftliches Engagement ein Angebot zu schaffen, das auch mit kommerziellen Angeboten konkurrieren kann und diese sogar mehr oder minder vom Markt verdrängt hat.

Wir haben – und auch da kann ich an Herrn Embacher anknüpfen – im Moment, wenn wir auf die Digitalisierung schauen, so etwas wie die große Phase der Kommerzialisierung und der großen US-amerikanischen Plattformen, die in der Flüchtlingshilfe vereinzelt mal eine sehr positive Rolle spielen, sonst aber in erster Linie mit großen Herausforderungen verbunden sind. In dem Kontext verweise ich immer sehr gerne darauf, dass das Internet, so wie es vor einigen Jahrzehnten geschaffen wurde, noch ein sehr stark bürgerschaftliches Projekt war, in dem alle Menschen frei kommunizieren sollten und mit dem der politische Diskurs auf neue Ebenen getrieben werden sollte. Ich glaube, gerade jetzt, vor dem Hintergrund der Verschmelzung von Produktionsformen, wie ich das immer wieder nenne – siehe Wikipedia –, wird es, glaube ich, Zeit, wieder ein paar Schritte in diese Richtung zu machen.

Drei Sachen möchte ich Ihnen unter der Überschrift „Digitale Vernetzung – was bedeutet das?“ mit auf den Weg geben, und zwar auf drei unterschiedlichen Ebenen. Auch da liefern mir meine Vorrednerin und meine Vorredner wunderbare Anschauungsbeispiele. Das Erste: Wir haben schon in unserem ersten Paper so etwas wie einen gesellschaftlichen Bedarf nach Flexibilisierung diagnostiziert. Dieser gesellschaftliche Bedarf nach Flexibilisierung zeigt sich in jedem Verein daran, dass keiner mehr Kassierer werden und an regelmäßigen Vorstandssitzungen teilnehmen will, dass sich aber trotzdem viele engagieren möchten. Dieser Bedarf an Flexibilisierung stellt dann natürlich auch Anforderungen an die Organisationen, diese Möglichkeiten zu schaffen, bis hin zu Ad-hoc-Engagement, Mikroengagement, also ganz kleinen Beiträgen, die man jederzeit über das Smartphone oder über das Smartphone vermittelt leisten kann. In dem Kontext stellt sich – neben der Befähigung durch Medienkompetenz usw. – für mich auch die Frage, inwieweit die öffentliche Hand ganz konkrete Tools dafür zur Verfügung stellen kann. Ich habe mir sagen lassen, dass zum Beispiel in der Digitalstrategie in Nordrhein-Westfalen die Entwicklung und Bereitstellung von Tools – zum Beispiel Vermittlungsplattformen, die man dann generisch aufbauen und weiter nutzen kann – durchaus ein Punkt ist, der diskutiert wird.

Der zweite Punkt der Vernetzung ist der zwischen Organisationen. Da möchte ich ganz speziell auf einen Aspekt hinaus, nämlich die Vernetzung zwischen Organisationen, die die Brücke zwischen den stark digitalisierten und denen schlagen können, die eher wie das Kaninchen vor der Schlange vor der Digitalisierung sitzen. Mein liebstes Beispiel, das ich bei jeder passenden Gelegenheit dabei anbringe, ist youvo.org., eine wunderbare Plattform, die es geschafft hat, Kreative und digital Engagierte mit „klassischen“ Vereinen zusammenzubringen, und die den Prozess auch sehr stark moderieren, damit er überhaupt funktionieren kann. Das

Zusammenbringen dieser Welten wird immer wichtiger, um einerseits den digital Affinen Engagementmöglichkeiten zu eröffnen, andererseits aber auch, um das „klassische“ Engagement – was heißt „klassisches“ Engagement; die Unterscheidung trägt immer weniger –, also das Engagement, wo der Strom noch nicht so wichtig ist, zu befähigen und ihm neue Möglichkeiten aufzuzeigen, sich in der digitalen Welt besser zu verkaufen. Solche Kooperationen – an diesem Beispiel aufgehängt – sollten nach meiner Einschätzung ein wichtiger Förderfokus sein.

Der dritte Punkt: Ich habe eben grob die Geschichte des Internets und der Vernetzung angerissen. Wenn wir dabei in die Zukunft schauen – ich zeichne beim Kompetenzzentrum auch verantwortliche für die Trendforschung –, stehen wir gerade vor dem nächsten Schritt, nämlich die Vernetzung der realen Welt, die Vernetzung von allem. „Digitalisierung durchzieht alle Lebensbereiche“ – und was man da so alles in den Feuilletons lesen kann. In dem Kontext ist natürlich Freifunk auch ein ganz wichtiger Punkt. Ich möchte aber noch auf einen anderen Punkt: Alles, was unter der Überschrift Smart City diskutiert wird, bedeutet, dass wir jetzt den Rahmen abstecken, wer in Zukunft diese Hardware nutzen kann, wer die Daten verarbeiten kann, wer den Einfluss auf die Gestaltung dieser Stadt hat. Und wenn die Thesen von der Verschmelzung von Produktionsformen stimmen, dann wird es immer wichtiger, bei der Planung von IoT-Projekten in der Smart City jetzt schon mitzudenken, wer alles Zugriff auf welche Daten und auf welche Hardware bekommt. Mein drittes Petitum wäre also, jetzt bei der Digitalisierung das bürgerschaftliche Engagement immer ganz intensiv mitzudenken. – Damit habe ich, so hoffe ich, die wichtigsten drei Punkte platziert. Danke!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Es gibt nun die Möglichkeit zu Nachfragen. Zunächst Frau Radziwill, bitte!

Ulker Radziwill (SPD): Vielen Dank für Ihre sehr interessanten Ausführungen! Es war heute eine wirklich spannende Anhörung, mit einem Themenfeld, über das wir noch Stunden reden und debattieren könnten. Es eröffnen sich richtiggehend neue Welten, Möglichkeiten und Chancen. Ich möchte mit folgenden Fragen daran anknüpfen.

Ich beginne bei Herrn Serge Embacher: Sie sagten, dass Ihr Engagement mehr auf der Bundesebene stattfindet. Gibt es denn ein Bundesland, das mit Best-Practice-Beispielen vorangeht, wo Sie sagen, davon könnte Berlin etwas lernen?

Eine Anmerkung, verbunden mit einer Frage: Sie hatten von kooperativer Demokratie und Enthierarchisierung gesprochen. Das ist sicherlich richtig und auch interessant. Ich denke aber, wir müssten Digitalisierung und bürgerschaftliches Engagement so organisieren, dass es unsere parlamentarische Demokratie stärkt, befruchtet und es auch eine bessere Form von Diskussionskultur befördert. Aktuell haben wir sehr viele Negativbeispiele, wie diese Diskussionskultur läuft. Was könnten wir aus Ihrer fachlichen Sicht da vielleicht noch besser machen?

Dann komme ich zu Herrn Gärtner. Erst einmal vielen Dank für das tolle Engagement! Das zeigt, wie sehr sich viele Berlinerinnen und Berliner engagiert haben, als viele Geflüchtete zu uns kamen. Wenn Sie mehr Geld und Personal gehabt hätten – wäre das Projekt dann noch weitergelaufen? Hätte es den gleichen Schwerpunkt? Oder was würden Sie uns dazu mit auf den Weg geben? Ihr Projekt zeigt ja: Engagement beginnt, und es sind viele dabei. War es

von Anfang an eher als ein zeitlich befristetes Projekt gedacht? Oder hätte man es fortführen können? Wie hätte man es dann entwickeln müssen?

Freifunk – auch ein spannendes Thema, Frau Meisel, das Sie uns vorgestellt haben! Der Ausschuss war in der letzten Legislaturperiode schon einmal mit dem Thema Freifunk beschäftigt. Wir waren damals auf dem Neuköllner Rathausturm und haben uns diese Anlagen angeschaut. Was ist seitdem eigentlich Neues passiert? Sie haben einiges ausgeführt, aber es scheint ja eher ein Hauptproblem auf der Bundesebene zu sein, mit dem Sie gerade beschäftigt sind. Wie könnten wir Sie in Berlin aus Ihrer Sicht noch unterstützen? Ich will Ihnen noch mal die Gelegenheit geben, ein paar Minuten länger dazu auszuführen.

Herr Dr. Weber! Auch Ihnen vielen Dank für Ihre Informationen und die Möglichkeit, die Sie uns geben, unseren Horizont zu erweitern! Die Frage, die ich mir stelle: Dieses Ad-hoc-Engagement und Mikroengagement birgt noch viel Potenzial für die Berlinerinnen und Berliner, sich zu engagieren, denn manche haben Scheu vor den klassischen Zeiträumen, also vor Einsätzen, die einen sozusagen über Stunden binden, und vor der Regelmäßigkeit. Diese Form des Engagements bietet vielen Vereinen, Verbänden und Organisationen eine gute Möglichkeit, diesbezüglich noch mehr zu machen. Vielleicht gibt es dazu schon Plattformen, die diese Verbände noch stärker unterstützen, die Sie uns empfehlen können und die die Vereine etc. da mitnehmen können. Hier ist wirklich noch viel Potenzial enthalten. Das ist auch deshalb interessant: Wir haben uns im Abgeordnetenhaus eine Zeitlang darüber unterhalten, dass Vereine und Verbände, also klassische Organisationen, Nachwuchsprobleme haben. Vielleicht bietet die Digitalisierung ja Möglichkeiten, neue Zielgruppen reinzuholen und das Ehrenamt für den Nachwuchs attraktiv werden zu lassen. – Ich belasse es erst einmal bei den Punkten. Vielen Dank! Wir bleiben an dem Thema dran!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! Dann Herr Schweikhardt – bitte!

Notker Schweikhardt (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Ich habe noch einige grundsätzliche Fragen. Mir ist aufgefallen: Im digitalen Bericht steht drin: Uns fehlen Daten. Wir wissen eigentlich nicht genug darüber, wie das genutzt wird im ehrenamtlichen Bereich. – Gleichzeitig gibt es aber auch, wenn ich auf Ihren Seiten nachschaue, doch relativ viel Empirik. Das lässt mich ein bisschen verwirrt zurück.

Also, Smart City – da bin ich überzeugt: Das gibt es nicht! Es gibt, wenn es hochkommt, Smart Politicians, und wenn die es schaffen, die Abhängigkeit von größeren Firmen zu reduzieren, dann sind sie wirklich smart. Das andere halte ich für einen sehr romantischen Begriff. Und ich glaube zudem: Dieser Mythos von Menschen, die was gegen Datenverarbeitung oder Medien haben, ist auch ein Gerücht. Also, mit meiner 84-jährigen Mutter gibt es Stress, wenn ich per Facetime nicht erreichbar bin.

In der Tat denke ich aber, dass so eine Initiative wie Freifunk – ich war mit auf dem Turm – extrem wichtig ist. Vielleicht können Sie noch mal ausführen, wie sich das von anderen Anbietern abgrenzt, die jetzt kostenlose Netze zur Verfügung stellen. Das gibt es ja vom Nahverkehrskonzern bis zu den klassischen Dienstleistern oder Anbietern wie Vodafone oder sonstigen. Und: Wie zukunftsfest und sicher ist das? Ist das, was Sie da seit langer Zeit aufbauen, quasi ein System, wo man gezielt noch mehr tun müsste? Sie haben das angesprochen mit der Gemeinnützigkeit; das ist vielleicht eher ein Bundesthema. Aber: Was kann man noch

tun, damit es eine belastbare Alternative zu den kommerziellen Anbietern bleibt? Ich glaube, das ist ganz wichtig.

Ich springe jetzt noch mal zum Anfang. Ich komme gerade von der Landeszentrale für politische Bildung, wo wir einen spannenden Vortrag gehört haben über politisches Engagement. Die haben evaluiert, dass es null Fortschritt gegeben hat. Also: Digital engagiert sich genauso 1 Prozent der Bevölkerung politisch wie zuvor analog. Da gab es überhaupt keine Veränderung. Ich habe das auch zum Beispiel bei den Piraten damals beobachtet, die es nicht mal geschafft haben, 30 Prozent ihrer eigenen Mitglieder einzubinden. Wo sind die Grenzen dessen? Und im ehrenamtlichen Bereich: Klar, Strom fließt, und solange der nachhaltig ist, habe ich auch kein Problem damit. Aber: Ist das mehr als nur ein Tool? Ist es mehr als nur – keine Ahnung –, dass ich die Excel-Liste gemeinsam bearbeiten kann? Oder entwickeln sich da wirklich Strukturen, vielleicht auch wie in diesem Schnell-Helfen-Bereich, wo man andere Möglichkeiten hat, weil man blitzartig reagieren kann, weil man auf gröbere Strukturen zurückgreifen kann? Wo findet diese Transformation von dem analogen zu einem digitalen Ehrenamt statt?

Herr Gärtner! Mich würde interessieren: War denn die Aufgabe quasi erfüllt? Also wurde sie nicht mehr gebraucht, und konnten Sie das beruhigt einstellen? Oder ist das sowieso etwas, was man braucht, um es anzuschieben, damit das Engagement hinterher im nichtdigitalen Bereich weiterlaufen kann? – Vielleicht so viel erst einmal. Danke!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Dann Frau Demirbüken-Wegner, bitte!

Emine Demirbüken-Wegner (CDU): Auch von unserer Seite herzlichen Dank für Ihre Ausführungen! Viele Informationen, die ich mir vorher angelesen habe, haben sich durch Ihre Aussagen bekräftigt. – Zunächst habe ich Fragen an Sie, Herr Dr. Weber, wie auch an Sie, Herr Dr. Embacher: Inwiefern steigen durch die Digitalisierung die Anforderungen an die Organisationen, Projekte und Initiativen wie auch an die Aktiven? Welche Unterstützungsmaßnahmen wären hier also notwendig? Dann: In welchen gesellschaftlichen Bereichen spielt das digitale Engagement eine besondere Rolle? Darüber hinaus: Inwiefern kann gewährleistet werden, dass alle digitalen Projektergebnisse unter freier Lizenz entstehen? Was müsste das Land Berlin tun, um einen erfolgreichen Digitalisierungsprozess im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements einzuleiten oder diesen auch erfolgreich zu begleiten?

An Sie, Frau Meisel und Herr Gärtner, habe ich die Frage: Können bzw. konnten bereits neue Bereiche des bürgerschaftlichen Engagements mithilfe digitaler Instrumente erschlossen werden? Wenn ja, welche? Welche Besonderheiten gilt es zu beachten, damit auch behinderte und ältere Menschen an der digitalen Vernetzung partizipieren können? – Das wären meine Fragen an Sie beide. Die anderen Fragen, die schon gestellt worden sind in Bezug auf weitere Förderung etc., will ich nicht wiederholen, damit sich das nicht überlappt. Schon gestellte Fragen müssen durch mich nicht noch einmal gestellt werden.

Ich habe aber auch an den Senat einige Fragen, und zwar: Wie wird das digitale Engagement strategisch seitens des Senats unterstützt? Welche Möglichkeiten bietet der Senat sowohl strukturell als auch finanziell zur Unterstützung ehrenamtlicher Organisationen bei der Bewältigung des digitalen Wandels? Wie ist der Zugang zu einem leistungsfähigen Breitband?

Wann ist mit einer gezielten Strategieformulierung seitens des Senats zu rechnen, und in welcher Art und Weise werden die Organisationen dabei eingebunden?

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Dann Herr Dr. Bronson!

Dr. Hugh Bronson (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an Sie für Ihre Ausführungen! Ich habe zwei Fragen, die eher abstrakter Natur sind, einmal an Dr. Embacher und Frau Meisel. – Herr Dr. Embacher! Sie sprachen von einer Enthierarchisierung der Digitalisierung und beklagten auch gleich die Dominanz der amerikanischen Plattformen und dass es an demokratischem Gestaltungswillen fehle. Meine Frage nun: Wie stellen Sie sich diesen demokratischen Gestaltungswillen vor? Meinen Sie nicht auch, dass ein Eingriff in den Informationsaustausch einer Art von Zensur gleichkäme? Dazu würde ich ganz gerne Ihre Meinung erfahren.

Frau Meisel! Sie hatten davon gesprochen, dass die Finanzämter die Gemeinnützigkeit von einigen Initiativen oder Vereinen infrage stellen. Vielleicht können Sie dazu noch etwas ausführen, woran das Ihrer Meinung nach liegt, dass die Gemeinnützigkeit durch die Finanzämter infrage gestellt wird. – Vielen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Dann hat Herr Schlömer sich noch gemeldet. – Bitte!

Bernd Schlömer (FDP): Auch von mir einen herzlichen Dank an alle Referenten und Referentinnen, die an der Anhörung teilgenommen haben! Es sind schon viele Fragen gestellt worden. Ich möchte noch drei, vier Punkte herausgreifen und will versuchen, nicht redundant zu werden.

Herr Dr. Embacher! Vielleicht können Sie noch eine kurze Einschätzung geben, wie Sie die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen beim digitalen Ehrenamt erleben. Wir haben auf Bundesebene Initiativen – „Deutschland sicher im Netz“ –, wo Vereine und Ehrenamtliche unterstützt werden. Länder, Kommunen machen da gar nichts. Gibt es einen Vorschlag, wie ebenenübergreifend mal etwas gemeinsam realisiert werden kann?

Herr Gärtner! Welche konkreten Maßnahmen wünschen Sie sich von der Berliner Landespolitik, um Ihre Anliegen besser realisieren zu können? Vielleicht können Sie noch mal drei, vier Punkte nennen. Was wünschen Sie sich konkret von uns als Ausschuss, dass wir es eventuell parlamentarisch behandeln sollen?

Frau Meisel würde ich gern noch fragen, woran es liegt, dass der Freifunk in den Geflüchtenheimen nicht so richtig funktioniert – Sie haben das angesprochen –, was man dort tun kann. Dann habe ich eine Frage zu dem Projekt, das Sie mit der Medienanstalt zusammen machen, ob diese Art der Bildung, der Fortbildung, der Wissensvermittlung auch etwas für Schulen und berufsbildende Schulen wäre. Können sich Ehrenamtliche in digitalen Feldern in schulischen oder berufsschulischen Kontexten engagieren? Wäre das eine Idee, die Sie gut finden würden? Wie schätzen Sie die Kooperation mit dem ITDZ Berlin als zentralen IT-Dienstleister ein? Kennen Sie den? – Das ist auch eine Antwort! Wie schätzen Sie die Kooperation mit der BVG ein, wenn man zum Beispiel gemeinsam Freifunkinitiativen in Berlin realisieren möchte? – An Herrn Weber habe ich keine Frage, aber das ist, glaube ich, nicht so schlimm.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Okay! Frau Klein hat sich noch gemeldet, und dann würde ich Ihnen erst mal die Möglichkeit geben zu antworten. Dann sind nämlich alle Fraktionen einmal berücksichtigt, und Sie müssen auch die Möglichkeit haben, zwischendurch mal Luft zu holen und zu antworten. – Frau Klein, bitte!

Hendrikje Klein (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden! Es sind schon ganz schön viele Fragen gekommen; ich packe noch ein paar drauf. Digitalisierung des Engagements bedeutet ja auch, tagesaktuell zu sein. Nichts ist schlimmer als veraltete Informationen im Netz. Gibt es da schon Strategien? –, gerade an Herrn Gärtner und Frau Meisel gerichtet. Sie haben sich bestimmt schon mal intern darüber unterhalten, wie man so etwas auch relativ unkompliziert machen kann, ohne dass es zu so viel Mehrarbeit kommt. Für viele Vereine, die sich damit beschäftigen müssen, bedeutet das ja, dass es im Grunde erst mal ein Mehraufwand ist. Wie kann dieser Mehraufwand so gehändelt werden, dass es am Ende ein Mehrwert bedeutet?

Welche Erfahrungen haben Sie gemacht, wie mithilfe der Digitalisierung Engagement gefördert werden kann? Konkret: Wie sollte am besten die Ansprache sein? – Es gibt ja nun schon verschiedene Projekte. Eines fällt mir auf, was das Land Berlin hat. Wir haben ja nicht nur das ITDZ, wir haben auch unsere schöne Seite „bürgeraktiv“. Die wurde hier noch gar nicht genannt. Das hat vielleicht auch einen Grund. Kennen Sie die? – Bestimmt! Wahrscheinlich haben Sie auch Probleme mit der Seite, dass sie noch nicht so richtig sexy ist oder wie auch immer. Was könnte man konkret an dieser Seite verändern? Hat es vielleicht etwas mit der Ansprache zu tun, die dort geleistet, nicht geleistet oder fehlgeleistet wird? Ich habe nichts gegen die Seite grundsätzlich, aber ich glaube, sie braucht eine Erfrischung.

Es gibt auch eine Überforderung in Sachen Daten und Informationen. Gibt es da Strategien, wie diese verhindert werden kann? Immer mehr im Netz zu sein bedeutet manchmal auch, dass man nicht mehr weiß, wohin mit den ganzen Informationen, die man bekommt und dass man sich verirren kann.

Die nächste Frage: Auch wenn die Mutter von Herrn Schweikhardt in Sachen Digitalisierung dabei ist, so sind es vielleicht doch nicht alle. Vielleicht möchten das auch nicht alle, bewusst nicht; das kann man ja auch so entscheiden. Wie kann gewährleistet werden, dass man bestimmte Gruppen, die nicht digitalisiert werden möchten, trotzdem erreicht? Nicht jeder hat einen Facebookaccount oder Ähnliches, und man ist dann durchaus ein bisschen ausgeschlossen. Also, die Vernetzung digital/analog würde mich interessieren.

Nach den Grenzen der Digitalisierung wurde schon gefragt. Ich könnte positiv noch mal fragen, welche Möglichkeiten es da konkret gibt. Haben Sie in Ihrer Arbeit schon Kontakt zur Berliner Verwaltung – Landes- und Bezirksverwaltungen – gehabt? Auf welche Erfahrungen sind Sie dabei gestoßen? Sind Sie an Grenzen gestoßen, wo Sie sich gefragt haben: Ob die wirklich alle schon einen PC vor der Nase haben? –, oder gibt es Ansätze, wo Sie sagen: Mensch, die sind gut drauf? – Oder gibt es überhaupt Strukturen, an die Sie sich wenden konnten, wenn Sie es gebraucht haben? – Das sind meine Fragen. Danke!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Gut! Dann gebe ich Ihnen jetzt in umgekehrter Reihenfolge die Möglichkeit zu antworten. – Herr Dr. Weber! Möchten Sie anfangen?

Dr. rer. pol. Mike Weber (Kompetenzzentrum Öffentliche IT, Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme; stellv. Leiter): Gern! Wo fange ich an? – Ich fange in der Reihenfolge beim Mikroengagement an, in der Tat ein hochspannendes Feld, das im Idealfall erlaubt, genau die geforderte Flexibilität zu erhalten und sich dabei trotzdem einbringen zu können. Die große Herausforderung dabei ist: Irgendwer muss den Rahmen für dieses flexible Engagement setzen, und damit sind wir bei den Anforderungen an die Organisationen. Wenn man den Gedanken des Mikroengagements weiterdenkt, besteht ein bisschen das Risiko, die Vereine zu Dienstleistern zu machen, die die Vernetzung organisieren und sich immer weniger um ihre eigentliche Arbeit kümmern. Das ist so ein gewisser Trade, den man dabei berücksichtigen muss. Ich glaube aber schon, dass man gerade – nicht bei der smarten City, sondern bei der vernetzten und mit Sensoren ausgestatteten Stadt – auch in dem Bereich wieder vollkommen neue Möglichkeiten hat. Ein Beispiel ist immer, für die Nachbarin irgendwas einkaufen zu gehen. Ich gehe durch das Treppenhaus und kann diese Nachricht bekommen, wenn mir das irgendwer organisiert – ein enormes Potenzial, das Miteinander im Konkreten, im Lokalen wieder zu stärken.

Mir sind dazu viele wunderbare Initiativen bekannt, aber keine übergreifende Plattform, die die entsprechenden Dienstleistungen zur Verfügung stellen würde. Damit kann ich gleich den ersten Haken bei „Was ist zu tun?“ machen. Ich glaube, das wäre etwas, was man übergeordnet – ob auf Landes- oder auf Bundesebene, darüber mag man streiten – zur Verfügung stellen könnte.

Zu hoffen, damit die Nachwuchssorgen der Vereine komplett zu lösen, daran hätte ich leise Zweifel. Ich glaube, der Hase läuft andersherum. Man muss die Digitalisierung voranbringen, um die digitalaffine Jugend überhaupt abholen zu können. Ob es das Problem löst, weiß ich nicht. Da gibt es, glaube ich, noch einiges andere; ich sage nur: Schulsystem. Das ist ja vielleicht auch ein Faktor, der das Engagement ein bisschen beeinträchtigt, je länger ich nachmittags in der Schule sitzen muss oder in der Ausbildung allgemein. Das ist also ein sehr viel komplexeres Feld. Aber ich glaube, das ist eine Notwendigkeit, um die jungen Engagierten zu erreichen.

Ein Satz vielleicht noch zur Empirie. Ich bin mir überhaupt nicht sicher, woher Sie die Zahlen haben, von denen Sie reden. Auf unserer Homepage sind ein paar vereinzelte. Im Nachgang können Sie mir das gern zur Verfügung stellen. Ich freue mich über alle Informationen dazu. Eine kleine Fußnote: Im Freiwilligensurvey, der mittlerweile schon wieder vier Jahre alt ist, gab es meines Wissens drei Fragen zur Digitalisierung des Ehrenamtes – das zur empirischen Basis. Aus meiner Forschersicht habe ich da noch ganz viele Wünsche, um das Feld besser verstehen zu können.

Auf Smart City brauche ich nicht weiter einzugehen. Es ging mir nicht um den Marketingbegriff, sondern um Datenverfügbarkeit, Sensorik, wer Zugriff darauf hat und wer bestimmt, wie diese City zukünftig aufgebaut wird.

Dann zu den Einzelfragen, die ich mir notiert habe: Welche Bereiche sind besonders digital? – Natürlich die, wo es um Wissensvermittlung geht. Es ist natürlich klar: Das lässt sich am einfachsten digital organisieren. Man schickt Informationen hin und her. Deswegen auch wieder das Beispiel von Wikipedia, die da relativ weit vorn sind, aber auch die gesamte Open-

Source-Bewegung, wo offene Lizenzen sind, und die schon seit Jahrzehnten hervorragende Arbeit macht und etliches zur Verfügung stellt. Hier stellt sich mir tendenziell eher die Frage, ob wir da nicht ein Problem der Unternutzung haben, anstatt der falschen Lizenzmodelle. Aber ich denke, das kann man zumindest bei geförderten Projekten als Anforderung ganz gut reinschreiben, dass die Arbeiten dann auch der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden.

Was muss man generell tun, um diesen Anforderungen an Personen und Organisationen entgegenzuwirken? – Dazu ist schon extrem viel gesagt worden. Medienkompetenz ist schon angesprochen worden. Die Anerkennung der digitalen Formen als gleichberechtigte Formen ist ein ganz wichtiger Punkt. Unterstützung bei der Umstellung der Organisationen, Investitionen in schnöde Technologie, aber auch in Fortbildung ist ein ganz wichtiger Punkt. Die Verfügbarkeit von Daten für datengetriebenes Engagement ist ein wichtiger Punkt. – Ich hoffe, damit habe ich die wichtigsten Aspekte erfasst. Die Investitionen sind für die Organisationen natürlich auch extrem wichtig, um weiterhin die Nichtdigitalen, die, die klassische Wege bevorzugen, bedienen zu können. Digitalisierung bedeutet wie in jedem anderen Bereich auch, erst mal massiv Doppelstrukturen aufzubauen und zu pflegen, und das kostet Geld, das ist mit Aufwand verbunden, und dementsprechend bedarf es vielleicht noch besonderer Förderanstrengungen.

Eine Fußnote vielleicht noch zu Informationsstrategien im Netz. Das gehört vielleicht nicht ganz hier rein, aber ich betone es sehr gern: Wir haben den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der zur Strukturierung der Informationen in dieser Welt eine überaus wichtige Rolle spielt, die ich gar nicht hoch genug bewerten kann. – Ich hoffe, ich habe zumindest die meisten Fragen beantwortet.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Frau Meisel, bitte!

Monic Meisel (Freifunk Berlin, Förderverein Freie Netzwerke e. V.; Vorstandsmitglied): Ich probiere es auch mal, es waren ja viele Fragen. Ich fange mit der Frage an, warum die Gemeinnützigkeit infrage gestellt ist. Es gibt in der Anmerkung zur Abgabenordnung einen Paragraphen – ich glaube, § 52; das kann ich aber gern noch nachliefern –, der besagt, dass Internetvereine zum Zwecke der Volksbildung sehr wohl gemeinnützig sein können, es sei denn, sie bauen Infrastrukturen auf oder bieten Zugang zu Netzwerken usw. Das ist in einer Zeit entstanden, in der es Bürgernetzvereine gab. Die haben in Ermangelung von Internet-Access angefangen, ihren Mitgliedern – und nur denen – Internetzugang zu ermöglichen. Also, die haben sich zusammengeschlossen und gemeinsam Internetanschlüsse geteilt. Im Gegensatz dazu ist es aber so, dass Freifunk immer auf bestehenden Internetanschlüssen aufsetzt und diese vor allen Dingen mit Dritten teilt. Wir machen das also genau anders. Wir tun das für die Allgemeinheit und nicht für unsere Mitglieder. Ganz im Gegenteil, die bringen noch Geld mit, das sie da reinstecken, gerade in Berlin, weil es keine Förderung gibt, und stellen es der Allgemeinheit zur Verfügung, sowohl den Zugang zum Freifunknetz als auch den Zugang zum Internet. Darüber hinaus sehen wir uns, was ich schon ausgeführt habe, in der Rolle, dass wir Menschen Teilhabe ermöglichen etc. Das sind alles Dinge, die dem gemeinnützigen Zweck entsprechen. Es geht darum, dass die Abgabenordnung entsprechend geändert werden soll.

Zum Thema Zugänglichkeit: Das Infrastrukturthema ist überhaupt erst mal die Voraussetzung für jegliche digitale Angebote, die dann darauf stattfinden. Aber wir sind hier auf einem gro-

ßen Feld; über Infrastruktur können wir uns lang und breit unterhalten – BWL-Erstsemester: Wie ist denn das? Wer müsste das denn eigentlich tun? usw. – Das ist ja so eine spezielle Sache, ob man das alles privatisieren sollte oder nicht. Zugänglichkeit definiert sich in unserem Bereich in den Netzen hauptsächlich durch Access. Wir haben klar gesagt, dass Vorschaltseiten eine unnötige, sinnlose und auch nicht effektive Hürde sind. Die machen in unserer Welt keinen Sinn, in keiner Hinsicht, und schmälern die Accessibility, wenn es um den Zugang für alle geht. Sicherlich ist es wichtig – und wir versuchen auch, uns selbstkritisch damit auseinanderzusetzen –, immer wieder eine einfache Sprache zu verwenden. Das ist für uns schwer, weil wir eine sehr technische Initiative sind mit ziemlich komplexen Geschichten, aber zu versuchen, Dinge in einfacher Sprache zu erklären, macht die Inhalte letztendlich zugänglicher für alle.

Zu den Flüchtlingsprojekten: Die Erfahrungen sind in Berlin sehr unterschiedlich. Ich würde nicht sagen, dass das in den Unterkünften nicht gut geklappt hat, ganz im Gegenteil. Es hing immer stark vom Träger ab, wie gut dort kooperiert wurde und wie groß das Interesse war. Es gab in den Bezirken teilweise Unterstützung von politischer Seite. Das hat sicherlich geholfen, aber letztendlich hing es am Träger. Was wir uns dort gewünscht haben, ist eine Anpassung der Anforderung zur Unterbringung von Geflüchteten. Da ist der freie WLAN-Zugang für Berlin eigentlich schon angesagt. Das könnte man noch genauer spezifizieren. Sicherlich ist ein ausleihbares Endgerät auf 100 Bewohner ein bisschen wenig, wobei da gar nicht das Problem liegt, denn die meisten haben tatsächlich ein Endgerät; so ist zumindest unsere Erfahrung. Also, an diesen Anforderungen zur Unterbringung von Geflüchteten könnte man arbeiten, aber ich würde sogar noch weitergehen. Es geht uns nicht nur um Geflüchtete, sondern um alle Bereiche, wo Menschen mit staatlicher Unterstützung untergebracht sind, sei es in der Jugendhilfe, sei es im Bereich der Obdachlosenhilfe. Da fallen uns noch mehr Menschen ein, die Zugang benötigen, und zwar möglichst breitbandigen und vor allen Dingen unzensurierten, anonymen und neutralen Zugang.

Zur Zusammenarbeit mit der BVG – über das ITDZ möchte ich nicht so gern reden –: Es gab mal eine Runde vom Senat, wo der Dienstleister, der beauftragt wurde, 650 Hotspots aufzubauen, mit am Tisch saß, die BVG, Godspot und wir, um mal zu schauen, was man denn da so erreichen kann. Wir arbeiten sehr gut mit der BVG zusammen. Wir waren da auch schon oft im Gespräch. Die Technologiestiftung hat da auch ein paar Gesprächsrunden organisiert. Das war alles ganz interessant. Tatsächlich waren die erst mal konzentriert auf den Ausbau dieser 90 Bahnhöfe, was ja okay ist. Technologisch sind wir eher ein Forschungsprojekt und gucken sozusagen, wie man das in den Tunneln hinbekommen würde. Wir hätten eine Lösung, die wir aber erproben müssten. Also technisch hatten wir mal einen Aufschlag gemacht, aber der ist ein bisschen untergegangen, nachdem es erst mal um diese 90 Hotspots ging. Wir waren dank der Förderung der MABB aus den vergangenen Jahren, die mittlerweile geendet ist, in der Lage, in Berlin ein Backbone aufzubauen. Das heißt, wir haben über Berlin eine Freifunkwolke eingerichtet, sozusagen einen Netzing von Funknetzwerk, der im Gemeinschaftsbesitz ist, und hatten überlegt, inwiefern wir da kooperieren könnten, um Freifunk von über den Dächern in die Straße zu bringen und gleichzeitig die BVG, zum Beispiel Busstationen, ausstatten zu können. Davon hätte die BVG sicherlich auch etwas gehabt, aber diese Diskussionen sind ein bisschen eingeschlafen, inwiefern man da weiter kooperiert.

Weiterbildung: Ja, klar! Wir machen jetzt das Medienpädagogenprojekt. Unsere Erfahrung sagt: Peer Learning sofort funktioniert nicht, denn es gibt einen gewissen Bias unter Pädago-

gen. Das, was sie selbst nicht verstehen, erklären sie ungern. Das direkte Peer Learning gemeinsam mit den Kids – was wir uns so blauäugig erhofft haben – war schwierig. Deswegen, denke ich, muss man zunächst in die Weiterbildung von Pädagogen und Pädagoginnen investieren, um Vorurteile abzubauen, Fragen zu beantworten, Grundwissen zu schaffen, um sie – das ist der Grund, warum wir diese Workshops machen wollen – zu ermutigen, da reinzugehen. Die Erfahrung mit den Kids ist, dass die den Knoten in 30 Minuten geflasht haben. Das ist für die überhaupt kein Problem. Die viel größere Hürde ist, die Schulleitung zu überzeugen, mit dem Schulamt zu sprechen. Wir haben am Andreas-Gymnasium ein Projekt erfolgreich gemacht. Da kam natürlich noch der Denkmalschutz ins Spiel, wenn man mit den Kids eine Dachantenne installiert. Ich weiß nicht, ob Ihnen das Projekt bekannt ist: Wir haben gemeinsam auf dem Dach eigentlich nur ein Relais installiert, denn es sind sich da nicht alle Schulen einig; es gibt keine einheitliche Meinung, ob das mit dem WLAN an der Schule eine gute oder schlechte Sache ist. Meinen Standpunkt dazu können Sie sich sicherlich vorstellen. Tatsächlich war das im ersten Schritt nicht geplant, aber dann sind die Kids hingegangen, haben das durchgebracht und haben gesagt: Ihr könnt nach Hause gehen! Wir machen das selbst. Wenn wir etwas brauchen, kommen wir und fragen euch. – Dann sind sie im Bezirk aufgeschlagen und haben 3 000 Euro für den Ausbau der Zugänge ihrer Schule bekommen. Das haben sie komplett ohne uns gemacht, und das finde ich eigentlich den coolsten Outcome von dem Projekt, dass sie von sich aus die Initiative ergriffen haben. Darüber würde ich mich gern unterhalten, und mit dem Pilotprojekt ist es der Versuch, wie man das multiplizieren kann. – Vielen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Herr Gärtner, bitte!

Kai Gärtner (Schnell-Helfen e. V.): Ich hoffe, ich habe alle Fragen mitgeschrieben. Die erste Frage, die ein paar Mal kam, war, wie es bei uns weitergegangen wäre. Wir waren damals im Umbruch mit unserem Portal, weil wir festgestellt haben, dass es durch die Ehrenamtskoordinatoren in den Heimen und die stärkere Einbindung der Nachbarschafts- und Stadtteilzentren eine gewisse Struktur gab. Das heißt, wir hätten uns von der Ad-hoc-Hilfe mehr auf langfristiges Engagement umorientiert, sofern wir das hätten umsetzen können, aber da fehlte dann zum einen das Geld, weil dann wirklich sehr viel technisch gemacht werden musste, bzw. zum anderen auch das Personal. Es wurde schon von Frau Klein angesprochen, dass Informationen aktuell zu halten sind und dass das der viel größere Aufwand ist. So eine Webseite zu bauen, kriegt man noch relativ gut hin, die dann langfristig zu pflegen und die Leute zu schulen, sie zu nutzen, ist eine andere Sache.

Es gab verschiedene Wege, die wir gehen wollten. Der eine war, eine Finanzierung für den Umbau zu erhalten. Das war uns dann irgendwann zu aufwendig, nachdem wir mehrere Gesprächsrunden, auch mit dem Senat, hatten und ich auch regelmäßig mit Herrn Muschter damals noch im LAGeSo saß. Später haben wir versucht, das mehr auf die Bezirksebene zu übergeben, insbesondere in Lichtenberg, wo es Gespräche mit dem Bürgermeister und mit dem Stadtrat für Immobilien und Wirtschaft gab, der damals der IT vorstand. Das hat auch zu keinem Ergebnis geführt, und bei den Gesprächen mit der Flüchtlingsbeauftragten im Bezirk war eigentlich immer so das Outcome: Wir finden euer Portal eigentlich schön. – Dann haben wir gesagt: Okay, wir schenken es euch, aber sagt uns, was ihr braucht, wie es aussehen soll, womit wir es euch fertig geben können. Sagt uns, wo wir es in eurer Verwaltung hinpacken sollen. Wir können es nicht ewig ohne Geld selbst hosten. – Dann kam zurück: Wir finden euch total toll, aber so richtig wissen wir selbst nicht, wo wir damit hinwollen. – Wir haben

dann versucht, mit der vor Ort ansässigen Freiwilligenagentur ins Gespräch zu kommen, aber das war dann schon in der Endphase, wo die meisten von uns eigentlich auch so frustriert waren, dass wir gesagt haben, wir machen das eher zu, als dass wir den Leuten noch hinterherrennen, um irgendwem das Portal zu schenken.

Hat das Ganze neue Strukturen gebracht? – Das war eine Frage. Aus meiner persönlichen Erfahrung – ich war viel in Karlshorst vor Ort tätig – glaube ich schon, dass das die Nachbarschaft extrem zusammengebracht hat. Viele Leute haben gesagt, sie machen sonst eigentlich keinerlei ehrenamtliches Engagement, aber sie haben gesehen: Hier ist ein Bedarf, hier wollen sie etwas machen, und dann haben sie sich auch eingebunden gefühlt. Es sind Leute in Kontakt gekommen, die sonst nicht zusammenkommen würden, auch sehr unterschiedliche soziale Schichten, die miteinander tätig waren. Gerade Kleiderkammer und Fahrradwerkstatt sind Hands-on-Projekte, wo jeder hinkommen und mitmachen kann. Da findet wirklich eine gute Zusammenarbeit statt.

Die Plattform „bürgeraktiv“ wurde kurz angesprochen: Ich habe meine Abschlussarbeit an der Uni über soziale Medien und Flüchtlingshilfe geschrieben; „bürgeraktiv“ war eines der unbekanntesten Portale überhaupt. Ich kenne es. Es ist nicht gut nutzbar. Es ist sehr veraltet, wenn man es aus dem modernen User Interface betrachten würde. Das Problem war: Wir hatten mal beim Senat gefragt, ob wir da Kooperationen finden können, aber die damalige Aussage war – was mir meine Kollegin im Vorgespräch gesagt hat –, dass uns gesagt wurde –: Na ja, so wirklich betreut, technisch weiterentwickelt wird das nicht mehr. Da haben wir daher eigentlich gar keine Möglichkeit, euch mit irgendwem in Verbindung zu bringen. – Das kann ich jetzt aber nicht hundertprozentig bestätigen.

Überforderung verhindern – das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Ich kenne viele Leute, die in die Flüchtlingsarbeit extrem persönlich investiert haben und auch gesundheitlich darunter gelitten haben. Die Situation 2015 war schon eine Sondersituation. Ich glaube, das kann man nicht allgemein auf ehrenamtliche Strukturen herunterbrechen.

Was uns an Unterstützung gefehlt hat? – Also, was ich mir von der Berliner Politik gewünscht hätte, das war vor allem eine klare Kommunikation. Ich habe es schon gesagt: Dieser Wechsel vom LAGeSo zum LAF hat damals natürlich auch organisatorische Schwierigkeiten mit sich gebracht. Es ist halt schwierig, wenn man in einem Monat Gespräche über ein Projekt oder die Umsetzung eines Projektes hat und dann zwei Monate herumtelefoniert und fragt, was daraus geworden ist, oder man im Masterplan für Integration steht, aber nie irgendwer mal nachfragt, was eigentlich mit dem Projekt geworden ist. Klare Finanzen wären halt auch so eine Sache. Es heißt immer: Wir könnten vielleicht irgendwo Geld über irgendwelche Förderungen, über irgendwelche Stiftungen organisieren. Schreibt doch mal ein Konzept dafür! Schreibt doch noch mal ein Konzept dafür! – Irgendwann hat man als Ehrenamtlicher keinen Nerv und keine Zeit mehr, das zu machen. Oder man geht in diese Social Start-up-Runde, und da gewinnen dann halt häufig Leute, die besonders gut vernetzt sind, die aus dem Marketing kommen, die die entsprechenden Kontakte haben. Es gibt auch solche, die das können. Wir waren keiner davon.

Ich fände wichtig, das ist mir bei vielen Onlineprojekten aufgefallen: Es gibt sehr viele Doppelstrukturen. Strukturen werden mit gleichen Projekten von verschiedenen Leuten zur gleichen Zeit aufgebaut, und am Ende ist es ein bisschen so: Der Stärkste gewinnt. Da fände ich

es ziemlich spannend, wenn die Politik sagen würde: Ihr macht drei Projekte Arbeitsvermittlung für Geflüchtete, drei Projekte, die Spenden- oder Helferorganisation machen. Wir würden euch fördern, aber macht es doch zusammen! Warum müsst ihr parallel arbeiten? Warum gibt es so einen Konkurrenzkampf? – Dass es so etwas 2015 bis 2017 gab, war relativ klar einsehbar. Jeder hat versucht, irgendwo ein bisschen Geld zu finden, hat versucht, sein Projekt nach vorne zu bringen. Das ist auch völlig legitim. Aber das wäre etwas, was man, denke ich, angehen könnte. Es gab die Helfer-Allianz der digitalen Flüchtlingsportale in Berlin. Auf dem Papier gibt es die mehr oder weniger immer noch, aber sie ist relativ inaktiv, und das ist auch so ein Träger, den man da ansprechen könnte. – Ich hoffe, ich habe damit alles abgedeckt.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Herr Dr. Embacher, bitte!

Dr. Serge Embacher: Vielen Dank! Ich fange mit den grundsätzlicheren Fragen zum Thema Enthierarchisierung des Verhältnisses zwischen Staat und Zivilgesellschaft oder auch kooperative Demokratie an. Die digitalen Medien und die ganze digitale Welt ist von Haus aus auf Enthierarchisierung ausgerichtet, und diesen ganzen gesellschaftlichen Umbruch, diesen technischen Umbruch kann man im Grund so ausdrücken: Vorher gab es einen Sender und viele Empfänger, und jetzt kann jeder, der empfängt, auch senden. Damit ist eine Revolution der Kommunikationsverhältnisse verbunden, die wir zurzeit erleben. Das spielt der Demokratie im Grunde wahnsinnig in die Karten, weil Demokratie genau das bedeutet: Austausch, Streit um Argumente und möglichst viele Leute einbeziehen.

Die klassische Aufstellung, wie wir sie aber in unserer parlamentarischen Demokratie kennen, ist: Wir wählen Volksvertreter und -vertreterinnen. Die wählen und kontrollieren eine Regierung, und das Wahlvolk wird alle fünf Jahre an die Urne gerufen. – Das soll auch so bleiben. Mein Plädoyer ist nicht, zu einer direktdemokratischen Form zu kommen. Man muss aber überlegen, wie man Formen des bürgerschaftlichen Engagements und der Bürgerbeteiligung nutzen kann, um die parlamentarische Demokratie zu stärken, denn dass die ein Problem hat, um es mal vorsichtig auszudrücken, haben die letzten Jahre und speziell die Wahlergebnisse der letzten Zeit gezeigt. Jetzt ist halt die Idee: Wir stärken speziell das digitale Engagement mit seinen Kommunikationsformen, um der Bürgergesellschaft auf Augenhöhe zu verhelfen mit der Wirtschaft, die mit extrem viel Geld da reingeht, und auch mit dem Staat und der öffentlichen Hand, die natürlich auch viel mehr Mittel zur Verfügung haben. Da gibt es verschiedene Diskussionsansätze, es gibt noch kein richtiges Konzept.

Auf der Bundesebene gibt es von uns den Vorschlag, beim Deutschen Bundestag eine Enquete-Kommission „Demokratie“ einzurichten, die diese Fragen grundlegend bewegt. In Artikel 21 Grundgesetz steht: Die politischen Parteien wirken bei der Meinungsbildung mit. – Nach unserer Auffassung müsste da stehen: Die politischen Parteien und die organisierte Bürgergesellschaft wirken bei der politischen Meinungsbildung mit. – Das würde sozusagen ein viel dynamischeres und positiveres Bild von Demokratie erzeugen und dann auch diese Diskussion beenden, dass die einen nicht gehört werden, die anderen privilegiert sind usw. Ich glaube, die Digitalisierung könnte hier wesentlich helfen. Die Tatsache, dass das bisher vielleicht nur 1 Prozent der Bevölkerung nutzt, spricht überhaupt nicht dagegen. 1910 hat der Kaiser gesagt: Das Auto hat keine Zukunft, ich setze aufs Pferd. – Das war auch ein historischer Irrtum. Insofern ist hiermit eine grundsätzlichere Frage verbunden; das wollte ich nur andeuten.

Zu den Bundesländern: Es gibt einen bunten föderalen Flickenteppich, und das muss ja auch so sein in einer föderalistischen Demokratie. Es gibt Länder, die sich da sehr bemühen – Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen gehören dazu. In NRW hat jetzt der Prozess der Entwicklung einer Landesengagementstrategie stattgefunden, und da soll auch das Thema Digitalisierung eine Rolle spielen. In Rheinland-Pfalz beschäftigt sich die Staatskanzlei schon lange damit. Die haben eine Stabsstelle für bürgerschaftliches Engagement und beschäftigen sich vor allen Dingen mit Informationsfragen, also: Wie kann man – Stichwort: digitale Akte – öffentliche Vorgänge so transparent machen, dass tatsächlich eine bessere oder informiertere politische Debatte möglich ist? In Baden-Württemberg ist das dortige Sozialministerium federführend für das bürgerschaftliche Engagement, und es gibt eine Staatsministerin für Bürgerbeteiligung, Frau Erler, die mit Projekten und Formaten versucht, dieses Thema zu bewegen.

Was die Frage angeht: Wo ist denn jetzt tatsächlich die Transformation zum digitalen Engagement? –, so habe ich vorhin schon einmal angedeutet: Es gibt Organisationen, die sind entstanden oder konnten nur entstehen durch die digitalen Instrumente. Nehmen Sie Betterplace, diese Crowdfunding-Plattform in Internet, aber nehmen Sie auch so etwas wie greenaction.de, eine von Greenpeace aufgesetzte Internetplattform, wo Umweltaktivisten sozusagen die Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird, um sich zusammenzuschließen. Oder nehmen Sie Organisationen wie Campact oder Avaaz im internationalen Bereich. Da geht es darum, in der gesamtpolitischen Auseinandersetzung so eine Art Waffengleichheit zwischen den Sektoren herzustellen, also neben Staat und Wirtschaft die Bürgergesellschaft als bedeutenden Player ins Feld zu führen.

Es gab noch die Frage: Wie kann das Land Berlin solche Prozesse fördern? – Ich hatte es schon gesagt, eine Option wäre sicherlich, dass man gemeinnützige und förderfähige Organisationen bei der Projektförderung mit einem gewissen Anteil digitaler Modernisierung berücksichtigt. Bei jedem Projekt gibt es immer 10 Prozent – was das in Berlin ist, weiß ich nicht – Overheadkosten Verwaltung usw., was nicht direkt zum Projekt gehört. Warum da nicht auch einen Prozentanteil von 5 Prozent oder so für den Digitalisierungsaufwand hineinnehmen? Das ist, glaube ich, etwas, was man ganz konkret tun kann. Das kann man auch mit einer Auflage versehen, dass man diesen Prozentsatz der Förderung tatsächlich in die Modernisierung digitaler Prozesse reinbringt. Ich denke, dass das Land Berlin gut beraten wäre, wenn es das Thema Digitalisierung insgesamt in die Landesengagementstrategie integriert bzw. da viel stärker berücksichtigt.

Dann möchte ich noch kurz etwas zu dem sagen, was Sie gesagt haben – Eingriff in den Informationsaustausch. Ich glaube, da haben Sie mich falsch verstanden. Mir ging es nur darum zu betonen, dass es ein digitales Engagement jenseits von Facebook und WhatsApp geben muss. Das heißt, jeder, der dort aktiv ist, kann das natürlich machen, es geht überhaupt nicht um Zensur. Man muss aber wissen, dass man, wenn man viele der herkömmlichen Social Media benutzt, dann massiv die Kommerzialisierung des Internets unterstützt und auch die ungehemmte Verbreitung von Daten zu Werbezwecken oder für irgendwelche politischen Zwecke. Es gibt mittlerweile Alternativen. Wenn Sie z. B. statt WhatsApp den Schweizer Dienst Threema bemühen – das kostet zwar ein bisschen was, ganz wenig –, dann wissen Sie: Alle Server stehen in der Schweiz, und die Botschaften haben eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung usw. Das ist etwas anderes als WhatsApp.

Eine weitere Überlegung wäre: Warum gibt es, wenn es den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt, nicht auch im Internet eine öffentlich-rechtliche Sphäre, wo man seitens der öffentlichen Hand kostenlos Infrastruktur zur Verfügung stellt, ohne dass sich die Einzelnen immer Facebook hingeben müssen? Denn wenn man da aktiv ist, dann händigt man, wie gesagt einen Teil seiner Souveränität kommerziellen und auch politischen Interessen aus. Wie wir wissen, können die US-Geheimdienste jederzeit und ohne Probleme alle Nutzerdaten einsehen. Das war der Gedanke. Es geht überhaupt nicht darum, irgendwas positiv oder negativ politisch oder vom Inhalt der Debatte her zu bewerten, sondern es geht um die Infrastruktur.

Zum Schluss noch zu der Frage der Bund-Länder-Kommunen-Kooperation: Das ist bisher noch recht dürftig ausgeprägt. Es gibt die Bund-Länder-Kommunen-Runde, die das Bundesfamilienministerium organisiert, und es gibt die Überlegungen, im nächsten Jahr die sogenannte deutsche Engagement-Stiftung ins Leben zu rufen. Also, der Bund plant analog zur Bundeskulturstiftung eine Stiftung aufzulegen, mit der es ihm dann möglich ist, auch kommunale Projekte und Infrastruktur zu fördern. Sie alle kennen das Kooperationsverbot; da darf der Bund die Kommunen nicht fördern, es sei denn, durch Modellprojekte oder bundeseigene Stiftungen, und die Bundeskulturstiftung macht vor, wie das gehen kann. Ich weiß aus den internen Diskussionen im Familienministerium, dass ein Förderstrang dieser Engagement-Stiftung Digitalisierung sein soll und der Ausbau der digitalen Infrastruktur für bürgerschaftliche Zwecke. Das hängt aber ab vom Haushaltsausschuss des Bundestages, ob er die Mittel freigibt und ob das dann tatsächlich funktioniert.

Zum Thema digital/analog: Die herkömmlichen oder altherwürdigen Ehrenamtsorganisationen wie Caritas, Diakonie, Deutsches Rotes Kreuz usw. sind da alle mittlerweile unterwegs. Die probieren alle in ihren Gliederungen digitale Kooperationsformate aus, haben aber im Wesentlichen eine Struktur, die, sagen wir mal, extrem analog ist, was auch in der Natur der Sache liegt, denn wenn ich einem Menschen helfen will, muss ich da schon hingehen und das tun. Die haben ganz viel Unsicherheit, was das Know-how angeht: Welche Technik brauche ich dafür? Wie kann ich alle Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen mitnehmen? Das ist eine absolut offene Baustelle. Mein Eindruck ist aber: Hier kann es keine Strategie geben nach dem Motto „Eine Lösung für alle“, sondern das ist Teil der Organisationsentwicklung. Deswegen hatte ich gesagt, müssen Organisationen die Möglichkeit haben, wenn die öffentliche Hand sie schon fördert, da ihren eigenen Weg zu entwickeln. – Vielen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank den Anzuhörenden! – [Beifall] – Ich möchte auch dem Senat die Möglichkeit zur Beantwortung der Fragen und zu einer Stellungnahme geben. – Bitte, Frau Chebli!

Staatssekretärin Sawsan Chebli (SKzI): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Es war wirklich sehr erkenntnisreich. In vielen Dingen sprechen Sie uns – obwohl es natürlich so ist, dass es da ganz viel Raum nach oben gibt, was die Umsetzung angeht – doch aus dem Herzen. Die Digitalisierung wirkt natürlich vielfältig auf die Entwicklung von bürgerschaftlichem Engagement und ist auch ein Querschnittsthema. Wir haben ja die Plattform „meinBerlin“, zu der gleich mein Kollege etwas sagt, weil er der zuständige Fachmann dafür ist. Die Anregung von Herrn Embacher, das Thema Digitalisierung in die Engagementstrategie aufzunehmen, halte ich für richtig. Dazu können wir gerne das Ge-

spräch, das wir hier geführt haben, fortsetzen und Sie in die engere Ausformulierung der Engagementstrategie einbinden.

Es wurde jenseits von „meinBerlin“ – dazu gleich ein bisschen mehr – auch das Portal „bürgeraktiv“ erwähnt. Ich habe sehr wohl zur Kenntnis genommen, dass Optimierungsbedarf da ist. Auch das haben wir auf dem Schirm. Als ich Staatssekretärin wurde, wurde ich mehrfach darauf angesprochen. Ich finde, diese Plattform ist eigentlich eine Chance. Sie wird nur nicht so ausgefüllt, wie wir uns das alle vorstellen, und muss ganz klar weiterentwickelt werden. Ich kann Sie hier darüber informieren, dass es ein Relaunch geben wird, dass sie weiterentwickelt wird und dass da derzeit – das haben mir meine Leute gesagt – gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Finanzen eine Verbesserung der Nutzerfreundlichkeit des Engagement-Managers erarbeitet wird. Die Umsetzung soll noch dieses Jahr erfolgen. Wir wissen, dass wir da besser werden müssen und arbeiten auch schon, was die technischen Details und Updates angeht, an der konkreten Umsetzung. – Jetzt würde ich gerne meinem Kollegen das Wort geben zu dem Thema „meinBerlin“, denn das repräsentiert den größten Schwerpunkt unserer Umsetzung von Digitalisierung im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements.

Daniel Kämpfe-Fehrle (SKZl): Mein Name ist Kämpfe-Fehrle. Ich bin Produkt- und Verfahrensverantwortlicher in der Senatskanzlei für die Beteiligungsplattform „meinBerlin“. Diese Beteiligungsplattform für Projekte der Verwaltung im Bereich der digitalen Bürgerbeteiligung wurde 2015 gestartet. Danach wurde eine Koordinierungsstelle eingerichtet, deren Aufgabe es ist, die Verwaltungen zu schulen und ihr dabei zu helfen, diese Projekte dort aufzusetzen und sie auch kontinuierlich zu verbessern. Es ist eine Plattform, auf der die unterschiedlichen Verwaltungseinheiten in Berlin eigenständig ihre Projekte des Bereichs digitale Bürgerbeteiligung einstellen können. Wir als Senatskanzlei stellen die Infrastruktur und die Möglichkeiten dafür zur Verfügung. Wir finanzieren diese Plattform zentral und entwickeln sie auch kontinuierlich weiter, die Verantwortung bleibt aber bei den einzelnen Verwaltungseinheiten.

Wir haben im Moment 44 Verwaltungseinheiten als Ersteller auf „meinBerlin“ angelegt. Das sind Senatsverwaltungen, Bezirksverwaltungen, nachgeordnete Einrichtungen und seit diesem Jahr auch 17 von 34 Quartiersmanagements. Das heißt, wir benutzen da einen relativ weitgefassten Verwaltungsbegriff. Alles, was aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger der Verwaltung zuzuordnen ist, kann sich auf dieser Plattform darstellen, präsentiert werden und die Möglichkeiten der digitalen Bürgerbeteiligung nutzen.

Wir haben über 8 000 registrierte Benutzerinnen und Benutzer. Das Wachstum der Plattform allein in diesem Jahr ist enorm: 5 000 dieser 8 000 Nutzer/-innen kamen in diesem Jahr dazu, und von den bislang über 200 Beteiligungsprojekten, die auf der Plattform realisiert worden sind, sind drei Viertel erst dieses Jahr angelegt worden. Wir haben also ein deutliches Wachstum in diesem Jahr feststellen können, was diesen Bereich angeht, und begleiten und schulen in diesem Bereich auch kontinuierlich, damit wir nicht nur eine quantitative, sondern auch eine qualitative Ausweitung haben.

Ein größeres Projekt und ein Beispiel für das, was auf der Plattform lief, war „Leises Berlin“ von der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, wo berlinweit Lärmquellen gemeldet werden konnten und die Bürgerinnen und Bürger auch um Verbesserungsmöglichkeiten zu der Frage: Wie kann Berlin leiser werden? – gebeten worden sind. Die Kampagne „Stadtgrün“, ist ein Bezirksprojekt – die Umgestaltung des Mauerparks, insbesondere da die

Teile, die neu gestaltet werden sollen. Ein laufendes Projekt ist „Bürgerhaushalt und Kiezkassen“ in Treptow-Köpenick, aktuell z. B. in Pankow aber auch die potenzielle Einrichtung der Fahrradstraße in der Stargarder Straße oder Gleimstraße. Sie sehen, es geht von berlinweiten bis hin zu kiezbezogenen Projekten, die Bandbreite ist da sehr groß.

Aus Sicht der Verwaltung ist „meinBerlin“ ein standardisierter Baukasten, wo wir standardisierte Beteiligungsformate auswählen können, damit man innerhalb weniger Tage so ein Projekt aufsetzen kann. Es ist technisch sehr schnell möglich, so ein Projekt aufzusetzen. Es ist aber so, dass wir die Onlinebeteiligung als ein Baustein innerhalb einer Beteiligungsstrategie sehen, das heißt, man braucht grundsätzlich schon eine Idee, wie man die Bürger auf allen Kanälen ansprechen will, und hat mit „meinBerlin“ eine Möglichkeit, das auf dem Onlinekanal in einer sehr einfachen, ansprechenden und verständlichen Form für das Internet zu tun. Das heißt aber nicht, dass man auf alle anderen Kanäle verzichten sollte.

Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger gibt es also eine zentrale Plattform – mein.berlin.de, – wo man diese unterschiedlichen Beteiligungsprojekte finden kann. Es ist so, dass wir uns noch in diesem Jahr der Neugestaltung der Startseite widmen, damit sie noch bürgerfreundlicher ist. Wir haben festgestellt, dass sehr viele Projekte über den Bezug zum jeweiligen Kiez oder Wohnort funktionieren, und deswegen soll da eine Kartenfunktion eingerichtet werden. Außerdem sind wir dabei, die Beteiligungsstufe der Information zu stärken. Im Moment sind wir sehr stark auf diese konsultativen Prozesse im Bereich der informellen Bürgerbeteiligung ausgerichtet. Der Bereich der Information soll noch gestärkt werden, das heißt, dass da eine Möglichkeit geschaffen werden soll, sogenannte Vorhabenlisten abzubilden. Wir sind dementsprechend auch mit den Verwaltungen in engem Austausch und Kontakt, wo Leitlinien zur Bürgerbeteiligung aufgestellt werden, um das nachfrageorientiert zu entwickeln.

Vielleicht noch ein Wort dazu, wer die Plattform nutzt. Wir hatten Anfang des Jahres eine nichtrepräsentative Befragung auf der Plattform und haben herausgefunden, dass der Durchschnittsnutzer 47,5 Jahre alt ist, dass drei Viertel der Nutzer einen Hochschulabschluss haben, es den Nutzern darum geht, Wissen einzubringen und die Verwaltung in ihrer Entscheidungsfindung zu verbessern, aber auch Entscheidungen zu treffen, die von der Verwaltung umgesetzt werden, was mit den Anliegen und Projekten, die die Verwaltung auf die Plattform bringt, durchaus in gewissem Widerspruch stehen kann. – Soweit der Überblick zu „meinBerlin“.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Ich sehe noch zwei Nachfragen. – Herr Schlömer, bitte!

Bernd Schlömer (FDP): Wie beurteilen Sie verwaltungsseitig die aktive Informationsversorgung der Teileinheiten auf dieser Beteiligungsseite? Es sind da ja sehr veraltete und auch lückenhafte Informationen vorhanden. Welche Maßnahmen haben Sie zwischenzeitlich – oder überhaupt – ergriffen, um da mal eine aktuelle Daten- und Informationsversorgung zu erzielen? Was halten Sie von einem Transparenzgesetz in Berlin, das letztendlich die proaktive Bereitstellung von Daten und Informationen für alle Bürgerinnen und Bürger ermöglichen würde und damit eine wesentlich bessere Voraussetzung für Teilhabe ist?

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Frau Demirbüken-Wegner, bitte!

Emine Demirbüken-Wegner (CDU): Vielen Dank für Ihre Ausführungen! Sie haben damit unterstrichen, was Herr Dr. Embacher am Anfang in seinen Ausführungen gesagt hat, als er sagte, Berlin sei extrem heterogen. Jeder ist irgendwie sehr unterschiedlich unterwegs. Die Vielfalt – ich will es einmal positiv formulieren – in der Unterschiedlichkeit hat sich auch in Ihren Ausführungen noch einmal dargestellt.

Dann will ich den Bogen schlagen zu dem Hinweis auf den Bund: Gibt es die Enquete-Kommission? – insbesondere mit dem Blick auf: Wie bindet man die Organisationen ein, um sie in diesem Digitalisierungsprozess mitzunehmen? Insofern würde mich interessieren: Sie haben zu Recht gesagt, „meinBerlin“ ist ein Weg, aber es gibt auch andere Wege. Auch die sollte man sehen. Ergo die Frage: Gibt es eine gesamte Strategieformulierung, auch mit Blick auf die Organisationen, die in irgendeiner Art und Weise eingebunden werden sollten, könnten oder möchten?

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Okay! – Möchten Sie antworten? – Ja!

Daniel Kämpfe-Fehrle (SKZl): Ich fange mit der ersten Frage an – die Aktualität der Informationen und die Bekanntheit: Wir machen das natürlich nach bestem Wissen und Gewissen. Die Informationen auf der Plattform sind in der Regel aktuell. Wir halten natürlich die einzelnen Verantwortlichen für die Beteiligungsprojekte an, die Informationen zu aktualisieren und vor allem auch nach Abschluss der Onlinebeteiligung für eine transparente Information über die Ergebnisse zu sorgen. Das kam durchaus auch in dieser Nutzbefragung heraus, dass es da eine Lücke gibt. Wenn die Onlinebeteiligung abgeschlossen ist, gibt es da so ein bisschen eine Informationslücke, was denn jetzt eigentlich mit den Ergebnissen passiert ist. Ich glaube, dass das jetzt auch ein Erfahrungswert ist. Dafür ist die Plattform halt noch relativ jung. Wir sammeln auf allen Ebenen Erfahrungen mit den Beteiligungsprojekten. Klar ist, dass wir da an die qualitative Verbesserung ranmüssen, aber da sind natürlich so Leitlinienentwicklungen auch ein guter Baustein, der so ein bisschen die Leitplanken vorgibt für die einzelnen Verwaltungen, die eine Bürgerbeteiligung auch im Onlinebereich aufsetzen. Von der technischen Seite her sehe ich da kein Problem, was die Informationen und die Transparenz angeht.

Zur Frage der Öffentlichkeitsarbeit und Bekanntheit der Plattform: Da ist es so, dass wir innerhalb der Webseite berlin.de – mein.berlin.de ist ja ein Bestandteil dieser Hauptstadtwebseite – dafür sorgen, dass die Plattform gefunden wird, dass sie also gut verlinkt ist. Wir betonen aber immer, dass es wichtig ist, dass man die Einzelprojekte dann auch entsprechend bewirbt. So wie man eine Bürgerversammlung auf klassischem Wege bekanntmachen würde, indem man noch Flyer druckt, indem man eine Pressemitteilung herausgibt, müsste man auch den Hinweis und die Verlinkung auf ein konkretes Beteiligungsprojekt auf der Plattform „meinBerlin“ geben.

Es ist aus unserer Sicht weniger so, dass die Leute ständig gucken, wo sie sich aktuell beteiligen können, sondern dass es ein sehr kiezbezogenes, anlassbezogenes Engagement ist, das dann, wenn vor der eigenen Haustür etwas passiert, zu einem Beteiligungsimpuls führt. Deswegen halten wir die einzelnen Verwaltungseinheiten, die dort ihre Projekte platzieren und veröffentlichen, an, dass sie das in eine Beteiligungsstrategie einbetten, zu der auch Öffentlichkeitsarbeit und Pressearbeit gehören.

Zu der Frage, ob ich das Transparenzgesetz für sinnvoll halte oder nicht, kann ich als Verwaltungsmitarbeiter nichts sagen.

Zur Frage der Strategie auf Senatsebene würde ich an Sie verweisen. – [Staatssekretärin Sawsan Chebli (Skzl): Nein, bitte!] – Ansonsten: Natürlich ist es so, dass wir mit den Verwaltungen, die auf der Plattform unterwegs sind, schon gucken, dass ein strategischer Unterbau da ist. Wir empfehlen auch, diese Onlinebeteiligung in den strategischen Rahmen einzubetten. Wir können aber den einzelnen Verwaltungen, die dort Beteiligungsprojekte veröffentlichen, natürlich nicht sagen, wie sie es machen müssen, sondern wir können nur Empfehlungen geben, Best-Practice, können für den Austausch, für einen Netzwerkeffekt sorgen, dass es da einen Erfahrungsaustausch gibt. Aber letztlich sind solche Leitlinienprozesse, wie sie derzeit in vielen Verwaltungen laufen – in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, in Lichtenberg –, zu einem Teil auch, aus meiner Sicht, als ein Strategieprozess zu sehen, denn dort kann man natürlich auch die entsprechenden Leitplanken für eine Bürgerbeteiligung setzen.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Noch eine Nachfrage, und dann Frau Klein!

Emine Demirbüken-Wegner (CDU): Mich würde interessieren: Frau Senatorin Pop hat gerade eine Digitalisierungsstrategie aufgestellt, und in diesem Prozess, der zweistufig angelegt ist, wird auf der einen Seite ein Statusbericht zur Digitalisierung erbeten durch die Senatsverwaltungen, und zum anderen, im zweiten Schritt, soll eine Gesamtstrategie – sie hat das Weißbuch genannt – erstellt werden. Ich würde gerne wissen, in welcher Art und Weise die Senatskanzlei daran beteiligt ist.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Frau Staatssekretärin!

Staatssekretärin Sawsan Chebli (SKzl): Bei uns geht es hier um Digitalisierung und bürgerschaftliches Engagement. Ich glaube, das ist noch einmal etwas anderes als das, was Frau Senatorin Pop macht. Wir könnten ja auch erwähnen, was unter der Federführung der Staatssekretärin für Inneres, Sabine Smentek, läuft. Da geht es ja auch um Digitalisierung der Verfahren in den Verwaltungen, wo es ganz explizit um Verwaltungsstrukturen usw. geht. Digitalisierung ist ein Querschnittsthema. Es sind verschiedene Bereiche betroffen. Wir konzentrieren uns natürlich auf das Thema BE, was jetzt meine Arbeit angeht, und sind da im engen Austausch auch mit den anderen Verwaltungen zu allen anderen Themen und sicherlich auch irgendwie dann miteingebunden.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Noch eine Nachfrage!

Emine Demirbüken-Wegner (CDU): Dann muss ich wohl die Presseerklärung falsch gelesen haben. Da wurde vorgestellt, dass die digitale Transformation nach Maßgaben von Nachhaltigkeit, Teilhabe – und Teilhabe fällt in meinen Augen sehr wohl in den Ehrenamtsbereich – und wirtschaftlicher Entwicklung gestaltet werde; das ist das Eine. Die digitale Zukunft soll für die gesamte Gesellschaft unter diesen drei Aspekten aufgestellt werden. Da interessiert uns schon der Bereich Teilhabe. Das will ich zur Korrektur hier mal nur anmerken. Zu dem anderen, was Sie genannt haben, durch die Senatsinnenverwaltung: Ja, das Handlungsprogramm Digitalisierung der Berliner Verwaltung kenne ich, aber mich hat interessiert, was

Frau Pop aufgesetzt hatte, insbesondere der Bereich Teilhabe. Deshalb ging die Frage berechtigterweise auch an Sie.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Okay, dann nehmen wir das als Erklärung der Frage. – Jetzt ist Frau Klein dran!

Hendrikje Klein (LINKE): Danke, Frau Vorsitzende! – Ich finde es ja total schön, dass wir uns, was die Internetplattform betrifft, ein bisschen ranroben – jetzt einmal fernab von denen, die ehrenamtlich aufgestellt wurden –, aber wir haben wirklich auch ein großes Problem mit „bürgeraktiv“ und „meinBerlin“. Ich will das jetzt nicht schlechtreden; so meine ich das nicht. Ich habe auch das Gefühl, dass es sich in die richtige Richtung entwickelt. Meines Erachtens ist es für die Nutzerinnen und Nutzer halt wichtig, dass die Seite attraktiv ist, und Attraktivität erlangt sie dadurch, dass, wenn man auf die Seite geht, sich beteiligt, damit dann auch etwas passiert. Die Dinge, die auf mein.berlin.de irgendwie eine Rolle spielen, haben im politischen Diskurs meines Erachtens kaum Bedeutung. Wurde das mal in irgendeinen Ausschuss reingespielt oder sonst irgendetwas? – [Bettina Domer (SPD): Stadtentwicklung!] – Stadtentwicklung Leitlinien ist jetzt ein Punkt, ja! Aber ansonsten ist mir das selten mal vor die Füße gefallen, es sei denn, ich habe es selber angesprochen. Da gibt es durchaus noch Potenzial, wie das alles mehr vernetzt werden kann, damit das auch bekannt wird.

Das ist ganz klassische Bürgerbeteiligung: Man beteiligt sich, wenn man das Vertrauen hat, dass sich durch die Beteiligung auch etwas verändert, dass man angehört wird und dass damit irgendetwas passiert. Da gibt es verschiedene Schritte, und der letzte Schritt ist: Was macht man mit den Informationen, die man von den Menschen bekommt, die tatsächlich etwas hinschreiben? Das ist halt wichtig, und eine gewisse Attraktivität ist auch wichtig. Eine kleine Ahnung habe ich davon, wie man als Nutzerin solche Dinge attraktiv machen kann. Das bedeutet eben auch, dass man nicht zu viele Klicks braucht, bis man irgendwo hingelangt. Bei diesen zwei Seiten hat man sich aber, bis man da irgendwo hinkommt, blödegeklickt und weiß gar nicht mehr, wo man ist. Das ist eine wirklich große Schwierigkeit der Seite. Vielleicht nehmen Sie das noch mal mit. Ich weiß, bei so vielen Informationen ist das gar nicht so einfach, aber es gibt schöne Seiten, auch von Städten, die also nicht irgendwie von Initiativen gemacht wurden, die wirklich attraktiv sind. Meine Lieblingsseite ist im Moment der Bürgerhaushalt in Paris. Ich spreche den immer wieder gerne an, denn da gelangt man mit zwei Klicks zu allem, was man wissen muss und wissen kann, wie man sich einträgt und sich in die Diskussion einbringt. Das ist schon sehr ansprechend gemacht, meines Erachtens. Dann kommt man vielleicht auch dahin, dass sich Menschen beteiligen, die unter 47 Jahre alt sind. Also nichts gegen 47-Jährige oder Ältere!

Dann meine Frage an die Vorsitzende: Wir haben jetzt hier noch den Antrag. Schließen wir die Anhörung erst einmal ab und machen dann den Antrag, oder können wir jetzt schon etwas zu dem Antrag sagen?

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Ja, genau! Ich dachte, dass Sie noch eine Frage stellen; diese Möglichkeit wollte ich Ihnen noch geben. – Ich würde den Punkt 3 damit jetzt vertagen, bis das Protokoll vorliegt.

Wir machen dann noch mal eine Auswertung dessen, was Sie uns hier berichtet haben. Ich danke Ihnen noch einmal ganz herzlich, dass Sie da waren! Ich glaube, wir haben alle eine

ganze Menge gelernt. Wir setzen das, wenn wir das Protokoll haben, noch einmal auf die Tagesordnung und werden es dann auswerten. Vielen Dank, dass Sie da waren! – [Beifall] –

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/0918

**Bürgerschaftliches Engagement neu denken:
Digitalisierung als obligatorischen Bestandteil einer
landesweiten Ehrenamtsstrategie fest verankern!**

[0042](#)
BuergEnPart(f)
KTDat*

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1038

**Beauftragte für das Bürgerschaftliche Engagement
für Berlin**

[0047](#)
BuergEnPart
Haupt

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.